

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
systematische Umerziehung
der
Deutschen**

Sonderheft Nr. 29



Die systematische Umerziehung der Deutschen

Sonderheft Nr. 29

Folgen der Frankfurter Schule

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Zöglinge der Frankfurter Schule: "68er Bewegung" und "Die Grünen"	2-91
Schlußbemerkungen	91-93
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	94

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Zöglinge der Frankfurter Schule: "68er Bewegung" und "Die Grünen"

Vertraue niemals einem Menschen, der schlecht über sein eigenes Land redet.
Rudyard Kipling (1865-1936, englischer Schriftsteller)

Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer, deutscher Philosoph und Soziologe, und Theodor W. Adorno, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung und "Die Grünen".

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x306/267-278):

>>Vergangenheitsbewältigung

Je weiter sich der Zweite Weltkrieg entfernt, desto gegenwärtiger wird er. Nicht etwa im Gedenken von Kriegervereinen, sondern in den aus ihm gezogenen "Lehren", deren Beachtung jedermann dringlich empfohlen wird. Dafür hätte kaum ein schwammigerer Begriff als "Vergangenheitsbewältigung" gefunden werden können. Mittlerweile hat die Vergangenheitsbewältigung bereits ihre Geschichte, die selber nach Bewältigung ruft.

Die amtliche Darstellung der Bundesregierung präzisiert: "Am 24. Dezember 1959 gegen 23 Uhr wurde auf dem in Köln am Hansaring errichteten Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Inschrift: 'Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo.

Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945' der zweite Satz mit schwarzer Lackfarbe überschmiert. In derselben Nacht, am 25. Dezember 1959, gegen 2.30 Uhr wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, durch folgende Aufschriften besudelt: die Außenmauer des Grundstücks durch die Parolen 'Juden raus' und 'Deutsche fordern: Juden raus'; die Wand und ein Eingang zur Synagoge durch Hakenkreuze und durch Überschmieren der Inschrift 'Synagogengemeinde Köln'; die Innenseite des Toreingangs zur Synagoge durch ein Hakenkreuz sowie durch Überstreichen der Hausglockentafel und des Türgriffs. Zu diesen

Schmierereien wurde weiße und rote Lackfarbe benutzt."

Die beiden mitternächtlichen Täter - sie waren wegen fortgesetzten Betrugs und Autodiebstahls bereits vorbestraft - wurden Anfang Februar 1960 wegen "Beschädigung öffentlicher Sachen" zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.

Die Tat jedoch löste eine weltweite Kampagne aus, die eine Identifizierung der Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen "Dritten Reich" zum Inhalt und teilweise auch zum Ziel hatte. Der Verfasser, der sich zu diesem Zeitpunkt in Indien aufhielt, war nach der Lektüre der dortigen Presse im Zweifel, ob die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik kurz vor der Machtergreifung stünden oder die Macht schon ergriffen hätten. Die Auslandsberichterstattung der indischen Presse basierte damals fast ausschließlich auf britischen Quellen.

Am 18. Februar 1960 mußte Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: "Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können."

Die Bundesregierung sah sich plötzlich für Dinge haften, die sie weder veranlaßt hatte noch irgendwie beeinflussen konnte. Mit höchst unzulänglichen Mitteln versuchte sie sich der propagandistischen Sturmflut, die über die Bundesrepublik hereinbrach, entgegenzustemmen. Schröder sagte im Bundestag: "Wir werden heute nicht von neuem vor die persönlichen Entscheidungen der Jahre 1933 bis 1945 gestellt, sondern wir haben 15 Jahre eines konsequent anderen Weges hinter uns ..."

Unter uns kann es und darf es nicht den Maßstab wirklichen oder angeblichen Versagens gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus geben, der alle unter sein kaudinisches Joch gezwungen hat, sondern nur einen einzigen Prüfstein: den entschlossenen Willen, den seit 15 Jahren verfolgten neuen Weg unbeirrt fortzusetzen."

Schröder hatte natürlich seine staatspolitische Rechnung ohne den publizistischen Wirt im deutschen Hause gemacht, und seine Mahnung verhallte wie der Kommentar eines Provinzblattes. Hingegen kam die Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid dem vom Wirt Erwünschten schon ziemlich nahe. Zwar, meinte Schmid, habe die Pressekampagne dazu geführt, daß eine Reihe von Halbstarken ähnliche Taten wie die in Köln begangen hätten, was mancherorts bedauert würde: "Vielleicht ist dies aber gut: es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um an ihrem Gebell innezuwerden, wie nahe die Hölle noch ist."

Wenn ein Mao eine "Hundert Blumen-Kampagne" einleiten kann, die die Parteifeinde hervorlockt, um sie dann desto besser zerschmettern zu können, so wollte Carlo Schmid nur "innewerden". Ihm ging es um die Demonstration, daß es "unter der Schwelle des Bewußtseins noch unaufgeräumte Unratecken gibt". Allerdings definiert die Aufgabe der Aufräumung von Unratecken unter der Schwelle des Bewußtseins das Wesen des Staates neu, dessen nunmehriger tiefenpädagogischer Beruf sich mit dem alten der Gewährleistung der Rechtsgemeinschaft und deren Schutz gegen Angriffe, auch von außen, nicht vereinbaren läßt.

Der Konflikt zwischen den Staatsaufgaben wurde von Carlo Schmid auch gesehen und einseitig entschieden, wenn er denjenigen ein "Versagen" vorwarf, die die Vorgänge "nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik erlitten haben mag". Neben den beiden diametral einander gegenüberstehenden Äußerungen, die auf eine vollkommen verschiedene Auffassung über die Aufgaben des Staatswesens zurückgehen, druckte die amtliche Publikation noch ein beinahe rührendes Zeugnis des Verkennens der Situation ab. Bundespräsident Lübke sagte:

"Wenn die Weltpresse die deutschen Gegenaktionen, die sich auf eine geschlossene Volksmeinung stützen, ebenso breit in der Öffentlichkeit behandelt hätte wie die einzelnen Schändungen, so wäre das Gesamtbild für Deutschland günstiger."

Man konnte aus "moralischen" Gründen bewußt politische Risiken eingehen, man konnte versuchen, diese Risiken zu begrenzen, aber man konnte nun wirklich nicht an den Gerechtigkeitssinn der "Weltpresse" appellieren. Der Topos "Nazi Germany" erfüllte eine ganz bestimmte, nüchtern kalkulierte Funktion bei dem Versuch, mit den Russen ins politische Geschäft zu kommen. Hitler war der Katalysator der russisch amerikanischen Allianz im Zweiten Weltkrieg gewesen. Warum sollte er nicht den gleichen Dienst ein zweites Mal leisten?

Interessant an der Erklärung Carlo Schmid's ist, daß er sich über die Struktur der Massenmedien nicht im klaren war. Er spricht an einer Stelle von "Wochenschau" (also Kino) und "Zeitung", an anderer Stelle von der "Presse", die "viel Aufhebens von diesem Schmutze" gemacht habe, und verkennt völlig, daß zum Zeitpunkt des Kölner Ereignisses die Schwelle zum Fernsehzeitalter überschritten war.

Die Erhebung des Zeigefingers begann auch mit einer Fernsehansprache des nordrheinwestfälischen Innenministers Dufhues am ersten Weihnachtsfeiertag. Die Sendezeit konnte kaum günstiger liegen, da die Zahl der Fernsehschreiber sich gerade so vermehrt hatte, daß man von einer allgemeinen Verbreitung sprechen konnte, und der Weihnachtsfeiertag der Tag des großen Ausprobierens war.

Es ist kein Zufall, daß der Durchbruch der Kampagne durch Ausnutzung eines optischen (Hakenkreuz) und nicht eines akustischen Anlasses gelang. Die Kölner Hakenkreuzschmiererei und die durch sie ausgelöste weltweite Kampagne ist das erste große telekausale politische Ereignis, dem im folgenden Jahr das noch bedeutendere der Wahl des Präsidenten John F. Kennedy folgen sollte.

Die Weihnachten 1959 anlaufende Agitation gab einer Kampagne den offiziellen Stempel, die in privaten Bereichen schon einige Jahre zuvor Fuß gefaßt hatte. Sie trug den recht kuriosen Namen "Bewältigung der Vergangenheit". Der Name stammt aus dem Mekka der Gesprächspilger, den Evangelischen Akademien.

1955 war er erstmals von Erich Müller-Gangloff auf eine Einladung zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin gesetzt worden, im Oktober 1955 Thema einer Tagung der Grenzakademie Sankelmark, dann am 20. Juli 1956 als "Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit" Thema einer Tagung in Berlin. Er tauchte auf dem siebenten Evangelischen Kirchentag des gleichen Jahres in Diskussionsbeiträgen auf und verbreitete sich wie ein Buschfeuer. Theodor W. Adorno gab im Herbst 1959 folgende Exegese:

"Die narzißtischen Triebregungen der einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst soviel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit."

Die Vergangenheitsbewältigung ist die Anwendung sozialpsychologischer Erkenntnisse in einer Massentherapie, die eine krankhafte Einstellung der Deutschen (Sozialpathologie) durch Bewußtmachung ihrer "Vergangenheit" zum Verschwinden bringen will. Die Deutschen hätten den Nationalsozialismus im allgemeinen, "Hitler - das gesamtdeutsche Trauma" (Gert Kallow) im speziellen verdrängt und leisteten Widerstand, wenn man sie mit dieser Vergangenheit, also mit sich selber, konfrontierte.

Hitler werde eingekapselt, mit bösen Etiketten versehen, abgelehnt. Dadurch sei die Vergangenheit aber keineswegs bewältigt, sondern eben unbewältigt, da die gebotene "Trauerarbeit" (Alexander Mitscherlich) verhindert werde.

Wenn die Assimilation Hitlers und seine fortschreitende seelische Überwindung in das Zen-

trum einer Sozialreligion gerückt wird, ordnen sich alle Gegenstände um den Glaubenshauptgegenstand herum an. Alles und jedes ist entweder Trauerarbeit oder Flucht vor ihr. Schließlich tritt an die Stelle des Kalten Krieges der neue Ost-West-Konflikt der verschiedenen Aufarbeitungssysteme:

"Während es für den Christen selbstverständlich ist, daß die Abkehr von diesem Gestern nur im Gegenüber zur bewußten Erinnerung erfolgen kann, ist für den Marxisten mit dem Eintritt in die Welt des Sozialismus jede Verbindlichkeit von gestern her erloschen" (Erich Müller-Gangloff).

Dieser Gedanke kann dahingehend entwickelt werden, daß ein innerdeutscher Ost-West-Ausgleich, der nicht notwendig eine staatliche Wiedervereinigung bedeutet, dadurch erreicht werden kann, daß sich östlicher Marxismus und westliche Bewältigung vermählen. Mancher "Dialog" steuert deutlich in diese Richtung. ...

Für die Trauerarbeit ist Voraussetzung, daß Hitler nicht sterben darf. Für die weltpolitische Situation war er schon 1944 tot, es ging nur noch um sein Erbe. Damit öffnet sich eine Schere zwischen den vermeintlichen psychologischen und therapeutischen Erfordernissen und der sich aus der politischen Weltkonstellation ergebenden Gegenwartssituation. ...

Der Bewältigung der Vergangenheit liegt ein geschlossenes System eines geistigen Kreislaufs zugrunde. Ein moralisches Postulat wird in der Gegenwart aufgestellt. Aufgrund dieses Postulats werden das "Dritte Reich" und die deutsche Geschichte gedeutet.

Aus der so gedeuteten Geschichte werden Lehren für die Gegenwart gezogen, die zu verschärften moralischen Postulaten und damit zu erneut rigoroseren Deutungen der Vergangenheit führen, und so weiter, immer im Kreis herum, bis eines Tages das auf sich selbst bezogene Gebilde am Fels der Realität zerschellt. Die moralische Eskalation kann auf Inhalte weitgehend verzichten.

Die Verwendung der Geschichte des "Dritten Reiches" in der Trauerarbeit hat eine Begegnung mit Geschichte nicht in ihrem Gefolge, im Gegenteil. Hans Buchheim, der über ein Jahrzehnt im "Institut für Zeitgeschichte" tätig war, kommt zum Schluß:

"Alles in allem muß man also leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die "Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann".

Die Betrachtung des Dritten Reiches durch die Älteren sei völlig unreflektiert, nur durch persönliche Eindrücke bestimmt, die der jüngeren nur reflektiert. "Die Jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vorne herein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden".

Der Aspekt, auf den alle Aspekte des Dritten Reiches konzentriert werden, ist nach Buchheim der Aspekt des Verbrechens, zusammengefaßt im Symbolbegriff Auschwitz. Vom Aspekt des Verbrechens wird ein Dispens des politischen Denkens abgeleitet, der jede nüchterne Erwägung in der Gegenwart und jede Einbeziehung des Selbstinteresses schon als Ansatz zum Verbrechen wertet. ...

Der Verfasser besitzt eine von Werner Hilgemann herausgegebene Schulwandkarte, die auf vier Quadratmetern mit Judensternen, SS Fähnchen, Wachtürmen und Galgen bedeckt ist, ihr Titel: "Deutschland unter der Hitlerdiktatur 1933-1945." (Verlag J. Perthes, 1963). Als 1960 das propagandistische Gewitter über der Bundesrepublik losbrach, war ein Blitzableiter vonnöten. Die Schulen waren aufgrund der bestehenden staatlichen Schulhoheit der Ort, wo ohne Störung der Rechtsordnung, die bei einer zweiten Entnazifizierung unvermeidbar gewesen wäre, bewältigt werden konnte.

Schon am Januar 1960 setzten nach dem Bericht der Bundesregierung die "systematischen

Belehrungen in den Schulen" ein. Eine Flut von Anweisungen folgte. Am 29. September 1960 kam die "Rahmenvereinbarung" der Kultusministerkonferenz in Saarbrücken zustande, die in den Oberstufen der Schulen das Fach "Gemeinschaftskunde" einführt und den Geschichtsunterricht in ihm aufgehen ließ. An die Stelle des chronologischen Geschichtsunterrichts trat der "exemplarische", der den Stoff benutzte, um an ihm ein Prinzip zu demonstrieren.

Die demonstrationsstudentische Bewegung von 1967/68 ist nicht von ungefähr antihistorisch. In der Antifestschrift zum 150 jährigen Jubiläum der Universität Bonn, "150 Jahre Klassenuniversität", schreibt Bernd Pauly:

"Uns scheint, es würde niemandem auffallen, wenn die Geschichtswissenschaft über Nacht abgeschafft würde. Dort, wo sie gesellschaftliche Effizienz haben soll, an den höheren Schulen, wird sie als autonomes Unterrichtsfach mehr und mehr zurückgedrängt, denn es leuchtet selbst Kultusministern ein, daß die lichtsuchende Jugend kanonisierter Plattheiten über Bismarck und andere füglich entraten kann".

In der Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" sahen seine Promotoren eine "große neue Aufgabe", nämlich "die Erziehung des (auch) politischen Menschen, der die Erinnerung bewahrt und aus ihr handelt" (Felix Messerschmid). Sie glaubten allen Ernstes, mit ihrem Unternehmen einen Beitrag zur geistigen Verteidigung des Westens zu leisten, zu der Karl Dietrich Erdmann auf dem Historikerkongreß von Duisburg 1962 in flammenden Worten aufrief. Eine völlig unübersehbare Literatur über Didaktik und Systematik des politischen Unterrichts ergoß sich über die Pädagogen.

Es war vorauszuberechnen, daß etwa im Jahre 1968 zum ersten Mal seit 1945 eine politisch gereifte und demokratisch gebildete Abiturientengeneration in die Universitäten einrücken würde. Tatsächlich wurde diese Generation auch als "erste hoffnungsvolle Generation unseres Volkes" (Müller-Gangloff) begrüßt.

Wenn Messerschmid das Erziehungsziel des Bewahrens der Erinnerung und des Handelns aus ihr aufstellte, übersah er, daß die Jugend ja nicht die Messerschmidischen Erinnerungen bewahren konnte, sondern nur die ihres eigenen Erlebniskreises, und der wurde durch eiertanzende Studienräte gebildet, die als politische Doktrin eine reichlich stümperhafte Rationalisierung von Erlebnissen anderer zu verkünden hatten. ...

Welche Rolle konnte die "unbewältigte Vergangenheit" als Bildungserlebnis bei einer Generation spielen, die nach dem Krieg geboren und nun z.B. von Pfarrer Franz von Hammerstein vor die Frage gestellt wurde: "Was würden wir tun, wenn man uns zum Selektieren auf die Rampe in Auschwitz Birkenau stellte, oder wenn wir als Soldaten die grauenhaften Geiseler-schießungen beobachteten?" Die Antwort mußte, da Auschwitz in unerreichbare Ferne gerückt war, in dem Wurf von Frischeiern auf lebende Staatsmänner, Love Ins in Rektorsräumen und der Auffassung bestehen, daß die ganze Gesellschaft in Verbrechen verstrickt sei. Die bewältigende Generation glaubte, es sich schuldig zu sein, die Jugend in einen Prozeß der Sühne einzubeziehen:

"Man kann stellvertretend für die Väter sühnen, ähnlich wie die Väter oft für ihre Kinder sühnen müssen. Sühne ist nicht identisch mit Strafe verbüßen, sondern bedeutet, die Strafe als gerecht akzeptieren. Worin besteht eigentlich die Strafe? Einzelne werden bestraft, wenn die Gesetze, die Justiz, dazu zwingen.

Das deutsche Volk wurde unter anderem bestraft durch die Wegnahme von Ostpreußen, Schlesien und Pommern, durch die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sowie durch die Teilung. Diese Strafen haben nach 1945 mehr oder wenige Schuldige - von Unschuldigen sollte man für die damalige Generation nicht reden - getroffen, und gerade etwa die Teilung trifft auch Unschuldige heute. Welche Strafen uns ein künftiger Friedensvertrag etwa noch auferlegt, wissen wir nicht."

Die religiöse Aufladung der profanen Geschichte, die Ersetzung des persönlichen Gottes

durch den Geschichtslenker, der sich im Zeitgeschehen offenbart und sein Gericht durch die Weltmächte vollzieht, ist in der geschichtlichen Dimension des Christentums, aus der nach Löwith die säkulare Geschichtsphilosophie hervorging, angelegt, so daß der Sühneprotestantismus - auch im Katholizismus kommen Parallelen auf - manchen innerkirchlichen Ansatzpunkt hatte. Politische Differenzen bekamen dadurch kirchensprengende Wirkung.

Die Vergangenheitsbewältigung hat auch Wissenschaftsgeschichte geschrieben und die Fragestellungen, Terminologien und Antworten einer ganzen Reihe von Fächern - von der Psychiatrie bis zur Staatsrechtslehre - beeinflußt. Als Beispiel einer Anwendungsmöglichkeit der Vergangenheitsbewältigung sei das Gebiet der Außenpolitik herausgegriffen.

Die auf die Außenpolitik angewandte Vergangenheitsbewältigung hatte, wie die dritte außerparlamentarische Bewegung "Kampf dem Atomtod", ihren Ausgangspunkt im Göttinger Memorandum der 18 Physiker. In vertraulichen Erörterungen am Dienstsitz von Bischof Hermann Kunst, Militärbischof, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung und Exponent des Kirchenliberalismus, wurden weitere Aktionen nach Art des Göttinger Memorandums konzipiert.

Ein "Tübinger Memorandum" wurde im Herbst 1961 an die Abgeordneten des neuen Bundestages verschickt und mit ihnen erörtert. Unter den Unterzeichnern (Becker, Bismarck, Heisenberg, Howe, Picht, Raiser, Weizsäcker) befanden sich noch zwei Physiker. Die Federführung war jedoch eindeutig an den Tübinger Juristen Prof. Ludwig Raiser übergegangen.

Während das Göttinger Memorandum sich nicht in der Lage sah, einen politischen Rat zu erteilen, und nur die Nichtbeteiligung der Physiker an der atomaren Forschung zu militärischen Zwecken kundtat, weiß die neue Denkschrift Bewegung genau, was zu tun ist, und versucht, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, indem sie vorgibt, sie durch Aufhebung des Drucks zum Handeln zu befreien. Der Kernsatz des Memorandums lautet:

"Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unserem Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder Neiße werden verloren geben müssen."

Das Tübinger Memorandum brachte Anschauungen zu Papier, die an keinem Punkte über das hinausgingen, was in den Kreisen der Kennedy Administration umlief und was von jenen, welche die deutsche Politik den amerikanischen Vorstellungen der Kennedy-Berater anpassen wollten (z.B. "Die Zeit"), angestrebt wurde. ...

Die eigentliche Sensation des Memorandums war jedoch sein theologischer Hintergrund. Diese Sensation steigerte sich noch, als der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine "Kammer für öffentliche Verantwortung" unter dem Vorsitz von Prof. Ludwig Raiser und der Geschäftsführung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens beauftragte, eine Ost-Denkschrift auszuarbeiten, die den Titel trug "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Die Denkschrift wurde im Oktober 1965, wieder nach der Wahl eines neuen Bundestages, veröffentlicht und führte sofort zu einer lebhaften Debatte, die nach einem halben Jahr schon 40 selbständige Schriften zutage gefördert hatte und heute noch anhält. Die Bielefelder These der Kirchlichen Bruderschaften, daß der Verzicht auf die Ostgebiete eine Erkenntnis sei, zu der "das Evangelium die politische Vernunft" befreit habe, wurde in der Ost-Denkschrift nicht mit diesen Worten formuliert, aber stand doch derart im Hintergrund, daß die an Verschlüsselungen gewohnten Zeitgenossen zu Recht stutzig wurden. ...

In harten Grabenkämpfen um jeden Punkt der Denkschrift schälte sich nach und nach heraus,

daß die einzelnen Punkte nur die Schale um einen theologisch politischen Kern waren, der als "Ja zum Gericht Gottes", zur Konsequenz der Annahme jeder Forderung und Zumutung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs führte. ...

Die Sühnetheologen mußten in den ihnen Widersprechenden den "alt bösen Feind" wittern, der ein verstocktes Nein zum Gericht Gottes sagt. Sie waren daher auch maßgeblich an einer Kampagne beteiligt, die in einer umfangreichen Literatur einem "Nationalismus" den Garaus zu machen suchte, dem zunehmend alle satanischen Züge des Bösen angeschminkt wurden. Der Kampf gegen Nation, Nationalgefühl, Nationalismus ist seit den Illuminaten und bis hin zum Internationalismus der Sozialdemokratie eine Unterströmung der Linken gewesen.

Doch handelt es sich bei dem Bewältigungs-Anti-Nationalismus nicht um einfache Anknüpfung an diese Tradition, sondern um eine sehr spezifische Abwandlung. Das geht schon daraus hervor, daß die gleichen Kreise, die in Deutschland in der Bekämpfung des Begriffes der Nation den hauptsächlichen Inhalt der Politik sehen, in Österreich mit gleichem Elan diesen Begriff einführen wollen. Sie rufen diesseits von Inn und Salzach "Fort mit der Nation" und jenseits von Inn und Salzach "Her mit der Nation".<<

Rudi Dutschke, ein Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung, schrieb im Jahre 1968 über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>... An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung gemäß § 166 abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehal-

tung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit - "Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF". Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.

Die Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion", Ulrike Meinhof, bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Die RAF-Anführerin Ulrike Meinhof erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.

Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet.

Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."



Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>>Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule

Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).

1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.

Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."

Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.

Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen - durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.

2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.

3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern ech-

ter Menschenrechte, ihre ethische Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.

Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!

Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das *Ius gentium* der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: *per me reges regnant*). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.

4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialethische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: *Das Naturrecht im Disput*, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".

Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (*fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!*) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".

Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegsrecht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will - dann notwendig.

5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-er Jahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.

So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbesserungschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Rat-

zinger).

6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungsmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moralthologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).

7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.

Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.

So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moralthologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich ... als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamental-moral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).

8. Daher trifft Ratzingers hell-sichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.

(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979, ... Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, ... Bonn).

Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anlässlich von offen rechtswidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDKJ (Berlin). Schnell war auch ein Moralthologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.

Aus der also moralthologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.

Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brißmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäÙig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst sei-

nen Lebensbedarf zusammenstiehlt.

Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbieten, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."

Das Tauziehen um eine entsprechende Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.

9. Kümmern wir uns im Unterricht ... um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.

Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.

10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:

"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.

Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).

11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).

Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn ...).

12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.

In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.

Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.

Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.

Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.

Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.

Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:

- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
 - Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
 - Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
 - Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
- Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.

In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.

Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.

Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.

Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunft- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.

Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserzie-

hung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.

Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.

Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.

Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.

Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.

Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.

- Wem gehorchen? (Überschrift)

"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...

Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"

- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.

Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.

- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.

Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".

Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie der Alte behandelt werden.

Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.

Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informa-

tionen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.

- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.

Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.

- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.

In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.

Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mangelbehafteten und negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.

Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.

Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.

So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.

Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.

Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.

Kritisiert wird von den Schulbüchern

- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind ...

- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben ...- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind ...

- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; ... die ungerecht behandelt werden, mit denen man sich solidarisieren sollte;

- daß es Umweltverschmutzung gibt ...

In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.

Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie werden in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch" ausführlich dargestellt.

2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?

- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.

- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.

In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.

- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzschienel das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.

- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.

Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbucken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.

Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.

Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.

- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.

- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."

Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitsabwägungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.

- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte waren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.

Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."

Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: 'Wessen Recht ist dieses Recht?' so kann

die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlawen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.

Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).

Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.

Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.

Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll - "erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"

- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"

- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."

Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).

Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.

Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).

In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechtsordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.

Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Hauptschrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftlicher Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).

Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen

der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".

Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *O. Negt*, einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.

Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)

"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)

Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)

Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft': Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ,neu' und ,anders' reden:

"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremmanzipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).

Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist.

Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).

Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch emanzipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).

Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrückung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).

Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,

- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarische Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). ...<<

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus stellt letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie dar. Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 10. August 1992 über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>... Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten.

Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. ... Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<

Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des evangelischen Theologen und Publizisten Dr. Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe ... stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun

von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird zu Recht als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen zu Unrecht vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung und damit der Tötung von Kindern, nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>Die Linke ist noch nicht am Ende

Der Kampf geht weiter

... Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.

Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden.

Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.

- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen die Linke, den Unglücksfall bezeichnet, was in den ... semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments. ...

Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße. ...

Also will ... die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben - und nicht woanders, in Gott, selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.

- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen - nahen, nächsten, fernen und fernsten - und selbstverständlich auch zu Gott. - ...

Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen ...

George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen. ...

Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalter. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.

Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die ... Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. ...

Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. ...

Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern - mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters - oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau. ...

Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".

Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. ...

Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch

mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat". Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".

Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.

Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.

Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch. ...

Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.

"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<

Der "Rheinische Merkur berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1998) berichtete am 9. März 1998 über die 68er Bewegung: >>**68er an die Macht**

Joschka Fischer und Gerhard Schröder, Straßenkämpfer und Altjusos auf dem Marsch in die Berliner Republik. ...

Einer hüllte sich tagelang in Schweigen, obwohl er der zweite große Sieger der Niedersachsen-Wahl war: Joschka Fischer, der designierte Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung - die Erfüllung eines Lebenstraums auch für ihn. Mag sein, daß er, wie einst Franz Beckenbauer nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1990, erst einmal ganz allein und still den Triumph genießen wollte, um sich des einzigartigen Augenblicks zu vergewissern. Demnächst also: Schröder/Fischer statt Kohl/Kinkel. Wächst auch da zusammen, was zusammengehört?

Wenn es bei der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich zum Ernstfall kommen sollte, dann übernimmt, pünktlich zum 30jährigen Dienstjubiläum der Revolte von 1968, die Generation von Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, von Apo und Woodstock die politische

Macht an Rhein und Spree, dann vertreibt Uschi Obermaier Juliane Weber aus dem Kanzleramt.

Bleibt die Frage: Handelt es sich dabei um einen ganz normalen Generationswechsel an der Spitze des Staates - auch Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl zogen gut 50jährig ins höchste Regierungsamt ein - oder um die verspätete Rache der 68er für die Demütigung durch die schier endlose Ära Kohl? Kommen die Ex-Straßenkämpfer, Alt-Jusos und sitzkissenerprobten Friedensaktivisten also, wie die "Berliner Zeitung" mutmaßte, als anachronistische Wiedergänger, als Untote und Zombies einer spätestens 1989 schmachlich untergegangenen Epoche an die Macht, nur um ihre eigene spießige "Kohl-Welt" von links zu etablieren, diesmal rotgrün getüncht statt schwarz-gelb: "Emanzipations-Nippes" statt Vaterlands-Rhetorik?

Tatsächlich hat die sozialdemokratische Enkel-Generation - weder Schröder noch Lafontaine kämpften '68 auf den Barrikaden und sind doch kulturell geprägt von dieser aufregenden, revolutionären Epoche - jetzt die letzte Chance, in die Bundesministerien und ins Kanzleramt zu gelangen. Und natürlich geht es auch um die machstrategische Vollendung eines Generationsprojekts namens "Kohl muß weg".

Weder in Frankreich noch in England würde dem Generationen-Aspekt eines mit Spannung erwarteten Regierungswechsels derart große Beachtung geschenkt. Doch in Deutschland ist "1968" zu einem quasinationalen Gründungsmythos geworden und mit ihm die Generation, die die offene Straßenschlacht wiederentdeckte, die freie Liebe und das intensive Beziehungsgespräch in der Wohngemeinschaft.

So werden in Deutschland die runden 68er-Jahrestage begangen wie anderswo siegreiche Feldzüge oder die Abschaffung der Monarchie. Inzwischen ist fast jeder "irgendwo" ein alter 68er, und längst sind sie überall in der Gesellschaft an den Schaltstellen angelangt - in der Werbung. Als Darsteller im Film "Va Banque" und in den Medien, in Politik und Kultur, an den Universitäten sowieso und auch in der Wirtschaft, wo sie sich beim "Follow-up-Coaching" das allerneueste Konzept des "Business Reframing" anhören. Sie pflegen das Andenken der großen alten Zeit und vollenden ihre Karriere. In der SPD haben sie nun allein das Sagen. Die 78er, die gut 40jährigen, haben hier nichts zu melden.

Schlägt das Imperium der Mick-Jagger-Fans jetzt zurück? Tatsächlich hat die Toskana-Fraktion der angeblich hedonistischen Brandt-Enkel von Lafontaine bis Engholm ungezählte Chiantis herunterspülen müssen, bis sich das Blatt zu wenden begann. Eigentlich waren sie alle zusammen längst als notorische Gurken- und Verlierertruppe gebrandmarkt: als Westentaschen-Egomanen, passionierte Weintrinker und hochehrgeizige Juso-Häuptlinge außer Diensten, denen seit den "antikapitalistischen Strukturreformen" der siebziger Jahre nichts wirklich Originelles mehr eingefallen war.

Gewiß, mit ihrer zur Schau gestellten postmateriellen Nachdenklichkeit, mit Betroffenheitsrhetorik und ausgefeilter "Streitkultur" prägten sie das gesellschaftliche Klima der späten achtziger Jahre durchaus mit.

Auf dem Hintergrund von Öko- und "Dritte Welt-Läden", von Frauen- und Friedensbewegung profilierte sich ein vergleichsweise sanfter Überredungsdiskurs, den Björn Engholm geradezu kongenial verkörperte. Stets war er "ein Stück weit" irritiert, aber auch bewegt von den Dingen, die man "irgendwie" zusammenbringen mußte, damit sich niemand "ausgegrenzt" fühlte - bis es ihn selber traf.

Es war die Zeit der Katastrophenszenarien von Atomkrieg bis zum Ozonloch, aber auch der ästhetischen Postmoderne - eine Phase relativ unbedrängten Wohlstands, in der die Angst vor Umweltzerstörung größer war als die vor Arbeitslosigkeit.

Während die sozialdemokratischen 68er die vermeintlich weichen Zukunftsthemen besetzten, beherrschte Kohl die harte Gegenwart. Alle Häme über das "pfälzische Gesamtkunstwerk" (Fischer), alle systemkritischen Parteisymposien, Fachtagungen, Strategiepapiere, Grundsatz-

programme und Zukunftsfolgenabschätzungskommissionen der SPD änderten nichts an dieser Aufgabenverteilung, auch wenn die Enkel Schritt für Schritt die Staatskanzleien der SPD-regierten Bundesländer eroberten.

Doch allmählich schälte sich eine merkwürdige Dialektik heraus: Die von Kohl angekündigte "geistig-moralische Wende" zerstäubte im Alltag der pluralistischen Gesellschaft, und die Ju-so-Utopien einer Alternative zum "staatsmonopolistischen Kapitalismus" vergilbten im Licht der sozialökonomischen Tatsachen.

Die Wirklichkeit, die in Deutschland traditionell einen schweren Stand hat gegen all die schönen Ideen und großen Wahrheiten, setzte linken wie rechten Ideologien nachhaltig zu. Der Realitätsschock kam in kleinen, homöopathischen Dosen, doch er wirkte: hier als Liberalisierung, ja "Amerikanisierung" der Sitten und Gebräuche (auch ein Erbe der antiautoritären Impulse von "68"), dort in Form eines wachsenden Pragmatismus, der ohne transzendenten Sinn der Geschichte auskommt, sogar ohne den "Orientierungsrahmen "90" der SPD.

Unter Kohls Regentschaft wurden viele aus der 68er-Generation zu Verrätern an ihren alten Idealen und konnten doch immer wieder mit dem deutschen Polit-Kabarett über den tumben Kanzler aus Oggersheim herzlich lachen. Denn sie wußten ja, wie schrecklich falsch er alles machte.

Der Fall der Mauer aber, die plötzlich eingetretene Zukunft, mit der niemand gerechnet hatte, machte die meisten stumm, selbst wenn sie unentwegt redeten - über ein drohendes "Großdeutschland" etwa, die Rückkehr des Nationalismus, über D-Mark-Imperialismus und die Kosten der Wiedervereinigung.

Die Geschichte hatte sie einfach auf dem falschen Fuß erwischt. Jetzt zeigte sich, wie viele Ressentiments und linkstraditionalistische Spießweisheiten sich im postmodernen Jahrzehnt gehalten hatten, als die ausufernden Straßenfeste ganz Deutschland in eine einzige multikulturelle Scampi- und Frascati-Zone zu verwandeln schien.

Lafontaines Niederlage gegen Kohl 1990 war so vorhersehbar wie das Scheitern der westdeutschen Grünen an der Fünfprozenthürde. Der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks vollendete das Werk von Desillusionierung und Realitätsanerkennung, das auch unter den grünen, lange Zeit in "Fundis" und "Realos" gespaltenen Generationsfratres zu quälenden Lernprozessen und schmerzhaften Eingeständnissen von Irrtümern geführt hatte.

In seinem 1992 erschienenen Buch "Die Linke nach dem Sozialismus" resümierte Joschka Fischer, den Schriftsteller und kommunistischen Renegaten Manès Sperber zitierend: "Man mag zweifeln, ob sich die Linke ohne eschatologische Hoffnung halten kann, doch steht fest, daß sie nicht weiterleben wird, ohne gegen jede Mystifizierung zu kämpfen, die sie auf ihrem Wege antrifft."

Was diese entmystifizierte, realistische Linke sei, ist im Laufe der neunziger Jahre kaum klarer geworden. Anstatt intellektuelle Debatten über ein neues Verhältnis zur komplizierten Wirklichkeit anzuzetteln, verfiel auch die Generation von Teach-in und Open-end-Diskussion, sofern sie nicht zu Amt und Mandat gelangte, mehrheitlich der Entpolitisierung - einer Mischung aus zynischer Abgeklärtheit, Resignation und akutem Selbstschutz vor enttäuschten Erwartungen.

Fast schien es, als hätte sich die 68er-Generation im Status quo der Bundesrepublik, zwischen Frankfurt-Bockenheim und Valle Gran Rey auf Gomera, häuslich eingerichtet, als fürchtete sie gar jede größere Veränderung der schönen neuen Gemütlichkeit, die von der globalisierten Weltgesellschaft ausgehen könnte. Hier traf sie sich wieder mit dem strukturkonservativen Mainstream der Bevölkerung, die immer nur die Risiken statt der Chancen sieht und doch am liebsten Norbert Blüm glaubt: "Die Renten sind sicher."

Gerhard Schröders plebiszitär errungene Kanzlerkandidatur könnte daran etwas ändern. Vielleicht gerade deshalb, weil die Chance auf den Wechsel in Deutschland so lange auf sich war-

ten ließ - und weil sie eher gegen die SPD, die Traditionspartei des programmatischen Fortschritts, als mit ihr erkämpft wurde. Das ist ein Zeichen für den allgemeinen Wunsch nach einer neuen gesellschaftlichen Dynamik. Und die Zeit scheint reif dafür.

Schon deshalb wird es kein Polit-Revival der siebziger Jahre geben, etwa mit den gefürchteten Thesenpapieren von Johano Strasser, mit Heidemarie Wiczorek-Zeul als Bundesfamilienministerin und "Rock gegen Rechts" vorm Kanzleramt, mit Stamokap-Debatte bis in den frühen Morgen und Konstantin Wecker am Klavier beim Bundespresseball: "Gestern homs den Willy derschlohn!"

Die geistig-moralischen Flokatis sind längst eingemottet und die blauen Bände der Marx-Engels-Werke in unerreichbare Höhen der Ikea-Regale entschwunden. All die nostalgischen Biographien der 68er ("Wie alles anfang", "Was wir wollten, was wir wurden") sind sicher zwischen ungezählten Buchdeckeln verstaubt. Ein 68er-"Milieu", das sich rächen wollte, existiert nicht mehr. Vermufftspießiger, als der Vorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, vergangene Woche im ZDF gegenüber Joschka Fischer auftrat, kann sich auch der letzte verbitterte Alt-68er im SPD-Ortsverein Köln-Nippes nicht gebärden.

"All das ist Schnee von gestern. Der Traum von einer ganz anderen Politik" wird nur noch in einigen Ecken der SPD geträumt", formulierte die "Frankfurter Allgemeine" zu Recht. Wenn im Herbst 1998, nach all dem Vergangenen, die Vertreter der ehemaligen Anti-Parteien-Partei in Koalitionsverhandlungen auf den Anti-Partei-Menschen aus Hannover treffen sollten, dann versammelt sich die geballte Lebenserfahrung von mehr als drei Jahrzehnten abenteuerlicher Achterbahn-Fahrt zwischen "revolutionärem Kampf" und "neuer Mitte", zwischen ganz unten und ganz oben.

Es könnte die Ironie der Geschichte sein, daß dieselbe Generation, die den "Modernisierungsschub" von 1968 eingeleitet hat, nun, 30 Jahre später, nach unzähligen Irrungen und Wirrungen, eine zweite Raketenstufe gesellschaftlicher Modernisierung zündet - auch wenn noch der praktische Bausatz fehlt. Und wieder wird niemand vorhersagen können, wo die Einzelteile dereinst landen werden.<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger, von 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist

die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...

Die Angehörigen meines Jahrgangs 1920 konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaut zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.

Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens. Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.

Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres berichtete im August 1998 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>Altgewordene 68er?

- Kulturrevolution nach 30 Jahren -

... In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war. ...

Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zugunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes ...

Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß. ...

Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.

Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und ... immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "Ein voller Bauch studiert nicht gern".

Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.

Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...

In diesem Sinne erklärt Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei. ...

... Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt. ...<<

Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers, von 1998-2005 Bundesaußenminister, auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Februar 2000: >>**Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik**

... In den Beiträgen des unlängst von Clemens Albrecht herausgegebenen und in wesentlichen Teilen auch verfaßten Sammelbandes "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der "Frankfurter Schule" wird gerade deutlich, daß der Begriff "Frankfurter Schule", der ja Homogenität im Denken und Agieren der aus der Emigration zurückgekehrten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung suggeriert, so niemals vorhanden war, weshalb die Bezeichnung auch erst von außen auf die Gruppe von Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Politologen angewendet wurde, die sich um Horkheimer und Theodor W. Adorno und das in Frankfurt wieder gegründete IfS gebildet hatte.

Umgekehrt soll aber die "Wirkungsgeschichte" der Frankfurter auch nicht heruntergespielt werden, wie es gerade in sympathisierenden Darstellungen geschieht. Es erscheint vielmehr als Leitmotiv der verschiedenen Aufsätze, daß die "Kritische Theorie" als "Hintergrundsideo-logie der zweiten deutschen Republik" betrachtet und ernst genommen werden muß. Als sich Horkheimer und Adorno nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zur Rückkehr in das zerstörte Deutschland entschlossen, geschah das mit der Absicht, die in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten fortzusetzen.

Allerdings hatten sich beider Fragestellungen und Ansichten unter dem Eindruck der Erfahrungen in den USA und der dramatischen politischen Veränderungen der dreißiger und vierziger Jahre gewandelt. Am deutlichsten wies die Teilnahme von Mitarbeitern des IfS an Plänen zur "Umerziehung" der Deutschen auf das zukünftige Tätigkeitsfeld der "Frankfurter" hin: die soziologisch gestützte Analyse und - falls notwendig - die volkspädagogische Korrektur gesellschaftlicher Entwicklungen.

Wer kam als politischer Partner für dieses anspruchsvolle Programm in Betracht? Noch bis zum Beginn der vierziger Jahre erwarteten Horkheimer und Adorno das Heil von der Arbeiterklasse. Aber das war lange vorbei, und Horkheimer hatte jedenfalls allen auf die Linke gesetzten Hoffnungen abgeschworen. Dementsprechend gab es für ihn auch gar keine Vorbehalte gegen die Kooperation mit der Regierung Adenauer, er unterstützte sie sogar praktisch bei Vorbereitungen für den Aufbau einer "neuen Wehrmacht".

... Verständlicherweise beobachtete man aber mit besonderer Sensibilität alle Entwicklungen auf der radikalen Rechten und reagierte alarmiert, als es 1959 zuerst an der Kölner Synagoge und dann in vielen westdeutschen Städten zu Hakenkreuzschmierereien kam. Während Adenauer rasch - und wie man im nachhinein weiß: zutreffend - den Hintergrund des Kölner Vorfalls in Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes identifizierte, glaubten Horkheimer und Adorno an ein Menetekel.

... Horkheimer wurde Mitglied in einer "Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung". Das war ein wichtiges Element in dem schon seit den fünfziger Jahren von Frankfurt aus aufgebauten Netzwerk ...

Intensive Kooperation verband nicht allein das IfS mit Professoren und Universitäten, sondern wirkte bis in die Einrichtungen der Lehrerbildung und die Schulbuchlektorate. Von Stellungnahmen zu Lehrplänen und Unterrichtswerken bis zu direkter Einflußnahme auf die Zusammensetzung und Ausrichtung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen ... reichten dabei die Projekte.

Horkheimer geriet allerdings in den sechziger Jahren immer stärker ins Hintertreffen gegenüber Adorno, der mit sehr viel weniger Vorbehalt dem Linkskurs des Instituts und damit der Rückwendung zum Marxismus folgte, die Jürgen Habermas favorisierte, der schon zur zweiten Generation der "Frankfurter" in der Bundesrepublik gehörte, und die dann von dem in den USA zurückgebliebenen Mitglied des IfS, Herbert Marcuse, weiter radikalisiert wurde. ...

Gerade die Jugend, der die Protagonisten der Frankfurter Schule nach dem Abschied vom Proletariat zugetraut hatten, den "Verblendungszusammenhang" zu zerstören, wandte sich jetzt einem "linken Faschismus" zu. ...

Der wachsende und bis heute spürbare Einfluß der Frankfurter Schule auf das geistige Leben der Bundesrepublik wird im Grunde nur verständlich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit: der Desorientierung der Bevölkerung, den Erziehungsplänen der Alliierten einerseits, der neuen Intelligenz andererseits, dem Wunsch nach moralischer Rehabilitierung vor allem in der jüngeren Generation und einem gleichzeitig fortbestehenden Schuldbewußtsein, das man nur in metaphysischen Kategorien fassen kann.

Diese Voraussetzungen allein erklären den Erfolg der Frankfurter Schule aber nicht, der hängt auch damit zusammen, daß die "Formation einer neuen Elite" schon in den fünfziger Jahren nicht mehr durch die Bildung einer akademischen "Schule" im traditionellen Sinn möglich war, sondern nur durch die Schaffung eines "Lagers", das sich zur Verbreitung seiner Anschauungen der modernsten Methoden, das heißt der Massenmedien, bediente. ... <<

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke schrieb am 1. April 2000 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Marxismus für feine Leute"

Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...

Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt, um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Neomarxismus vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.

Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft jeder Art verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.

Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.

Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die

"Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne. ...

Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.

Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter ... Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution ...

Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.

Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.

Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.

Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".

Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte ...

Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.

Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution. ...

Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften sowie durch den dogmatischen Marxismus widerlegt ist.

Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen, und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. ...

Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.

Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. ...

Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt und notwendig, daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschli-

che Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Der "Wandel" ist Schwindel**

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern ...

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten. ...

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang. ...

In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorgeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fort-

schrittlich" priesen.

Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.

Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhafteres, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.

Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.

Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze. ...<<

Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 10. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die Revolte der "Achtundsechziger"

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)

Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielflicht bringen.

Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.

Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte. ...

Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avan-

cierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingepregelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.

Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl.

Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.

Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.

Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kadenschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".

Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.

Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein "Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.

Er berechtigte sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.

Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.

Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.

Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es ent-

hielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis ...

Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!

Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie.

Diese Einschätzung bestätigt Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."

Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig ...

Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Ditfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."

Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditfurth.

Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".

Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."

Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Minister. Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. ...<<

Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 17. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)

In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzu-

klären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" ...

Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizophren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!

Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:

"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?

Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.

Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Gewalt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen." ...

Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:

"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.

Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten oder besser: gar nicht, anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaut haben."

Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?

Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.

Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.

Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten be-

sonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".

Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

... Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die

Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?

Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.

Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!

Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.

Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<

Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 19. Mai 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Onkel Ho" und die alten Schatten

Viele 68er meiden offenkundig die Selbstkritik

Die Frage nach dem "berühmten" Pseudonym eines "Kommunistischen Freiheitskämpfers" stellte unlängst eine wohlstandige, politisch korrekte deutsche Regionalzeitung den Lesern auf ihrer Rätselseite. Auf die europäische Studentenbewegung der 60er Jahre habe der Schöpfer der vietnamesischen "Freiheitsbewegung" eine "starke Faszination" ausgeübt. In der Frage der Zeitung hieß es weiter, das gesuchte Pseudonym sei zum "Schlachtruf" bei den Demonstrationen der sogenannten 68er geworden.

Nanu, einen "kommunistischen Freiheitskämpfer" - gibt es denn so etwas auch, fragt sich erstaunt der kundige Leser. Schließen sich doch "Freiheit" und "Kommunismus" bekanntlich für jeden aus, der das vorige Jahrhundert ohne rote Politbrille erlebt hat. So wie es eben auch keinen "gerösteten Schneeball" und keinen "schwarzen Schimmel" gibt.

Als "Schlachtruf" war in der Rätseldecke natürlich das mehr als törichte "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" der 68er Revoluzzer gemeint, die den Namen dieses Kommunisten skandierten, als sie auf den Straßen herumhüpften und die Universitäten terrorisierten. Ihr Idol, der angebliche "Freiheitskämpfer", führte brutal und unmenschlich den kommunistischen Klassenkampf und war fest im "Weltfriedenslager" verankert. Das wiederum erstrebte mit aller Kraft den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, weil nur der den "Frieden" bedeute.

Nach seinem Sieg in Vietnam ließ "Onkel Ho" wie das Kultobjekt liebevoll in den Kommunen der 68er genannt wurde, in blutigen Massakern mehr als hunderttausend Studenten, Intellektuelle und Mönche umbringen. Insgesamt wird die Zahl der Opfer Ho Chi Minhs auf eine Million geschätzt. Weitere Millionen flüchteten aus seinem kommunistischen Paradies. Zeugte doch die Tragödie der "Boatpeople" vom Terror des "Freiheitskämpfers" und von den Säuberungen und Umerziehungslagern als kommunistischen Herrschaftsinstrumenten, wo Gefangene verhungerten, erstickten oder unter der Folter starben.

1969, nach Ho Chi Minhs Tod, wurde diesem Idol der 68er von dem Sowjetmenschen Leonid Breschnew ein Mausoleum errichtet, in dem die Unterdrückten jahrzehntelang am einbalsa-

mierten Leichnam des Helden der sozialistischen Revolution vorbeipilgern mußten.

Es ist schon ein Alptraum, wenn man sich vorstellt, daß diejenigen in Deutschland, die sich vor 30 Jahren für jedermann sichtbar an der Person und der Politik dieses Ho Chi Minh orientierten, nicht auf den entschlossenen Widerstand des demokratischen Staates gestoßen und in ihre Schranken verwiesen worden wären.

Wenn heute allerdings der kommunistische Ho als angeblicher "Freiheitskämpfer" in der Rätsecke einer Tageszeitung auftaucht, ist das keine Ausnahmerecheinung. Wer den Kommunismus als Teil einer "Freiheitsbewegung" ausgibt, und sei es auch "nur" aus mangelhafter politischer Bildung, verhöhnt nicht nur die Opfer des roten Totalitarismus, sondern verharmlost auch diejenigen, die sich aus Gründen politischer Tarnung zwar einen neuen Namen gegeben haben, aber sich selbst in die Tradition der Kommunisten stellen.

Er ermuntert überdies die reaktionären Funktionäre und Parteigänger des Kommunismus, die bis vor einem Jahrzehnt als "Schild und Schwert der Partei" dem "DDR-Staatssicherheitsminister" Erich Mielke von der SED zu Dienste waren. 62 von ihnen erklärten unlängst mit Namen und einstigem Dienstrang öffentlich in der linksextremen "Jungen Welt", "sie hätten nur ihre Pflicht getan", wenn sie Personen überwachten, "die im Verdacht standen, eine gegen die DDR gerichtete Tätigkeit vorzunehmen".

Gleichzeitig feiert die Zeitung "Neues Deutschland", das ehemalige Organ des Zentralkomitees der SED, fröhlich seinen 55. Geburtstag. Ernst Cramer meinte dazu in der "Welt" mit Recht, glücklicherweise könne niemand auf den Gedanken kommen, den 80. Geburtstag der NSDAP-Parteizeitung "Völkischer Beobachter" zu feiern, denn dieses Blatt dürfe seit 1945 nicht mehr erscheinen. Bei den Genossen des Ho Chi Minh ist das anders.

Auch in der "alten" Bundesrepublik gibt es viele, die es einst schick fanden, mit dem Honecker-System und dem "Weltfriedenslager" zu flirten oder die sich von ihm instrumentalisieren ließen, indem sie kommunistische Ikonen wie "Onkel Ho" mit sich umhertrugen.

Heute sitzen sie in Regierungen, Verwaltungen und Redaktionsstuben und meiden jede selbstkritische Auseinandersetzung mit ihrem damaligen Verhalten. Der hohe moralische Anspruch, mit dem gerade sie damals und heute auftraten und auftreten, ist ohne diese Vergangenheitsbewältigung jedoch nichts wert.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/2001) berichtete über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>**Die verlorene Ehre der Apo**

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wenngleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestags-

präsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?

Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.

"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der "Jux-Kommune 1".

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupaß, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.

Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modefarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh-Stakkato" schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".

Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Haßkappen" der verummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."

Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohaftes Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder

in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft.

"Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."

Schlauch übergang, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.

Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Achtundsechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen. Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.

Das heiße im übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."

Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Die haerfllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Lat Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus.

Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdr über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprgelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knppeleinstze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hrte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Ttungsplne ausbrteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschen zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Flscherwerksttten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin),

sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPI-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.

- "Sponti-Cliquen" wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende '68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruuustrationnnnnn ... Es ist fuern arsch."

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin' - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu

war, ganz im Gegenteil.

"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkmittel für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!

Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocke bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandertexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Ge-

walt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero-Artikels" zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebe" hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und

"Stolz (jajohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.

In einem "Playboy-Interview" führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."

Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: "Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklaunen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":

"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"

Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mitsamt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."

Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern

wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".

Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemeister, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.

Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978

den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebell vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat "68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und

Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufblühten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörender als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall".

Minder schwer als was?<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Oktober 2001 über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**

... In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Januar 2003: >>**Wir sind alle Amerikaner**

... Das Phänomen der globalen US-Hegemonie ... beruht zu einem guten Teil auf der kulturellen Wirkmächtigkeit der USA. Während viele europäische Intellektuelle bei ihren Reisen durch die USA eine ambivalente Erfahrung aus Faszination und Ablehnung durchleben, bewundern viele Völker dieser Erde die USA und versuchen diese fast bruchlos zu imitieren oder gar zu kopieren.

Deswegen ist es immer nur ein Teil der Wahrheit, wenn Neomarxisten oder auch konservative Kulturkritiker den weltweiten Siegeszug des American Way of Life als "Kolonialismus" oder "kulturellen Imperialismus" zu denunzieren trachten. Auch wenn die USA einerseits ein

Netzwerk "tributpflichtiger Vasallen" unterhalten, auf allen Kontinenten präsent sind, und andererseits an vielen Orten dieser Erde US-amerikanische Symbole, Fahnen oder Bilder amerikanischer Präsidenten zerfetzt oder verbrannt werden, verbreitet sich die amerikanische Art zu denken und zu handeln ...

Der weltweiten An- und Übernahme US-amerikanischer Werte wird im Grunde genommen - sieht man vom islamischen Fundamentalismus einmal ab - kein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt.

Die USA seien heute die "erste universelle Nation", formulierte der US-Historiker Ben Wattenberg. Nachdem diese nahezu alle Kulturen auf ihrem Hoheitsgebiet versammelt und assimiliert haben - mit allen negativen Begleiterscheinungen, wie z.B. Ghettobildung, Jugendkriminalität, soziale Verwahrlosung, Drogensucht, Analphabetentum, - sind die USA heute dennoch dabei, ihre gesellschaftlichen Errungenschaften auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet mit Hilfe eines weltumspannenden Kommunikationsnetzes bis in den letzten Winkel des Planeten zu kommunizieren. ...

Besonders die Unterhaltungsindustrie, Amerikas Massen- und Popkultur, die eine bis heute ungebrochene Anziehungskraft in aller Welt ausübt, ist, um es mit dem deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt zu sagen, "Instrument und Waffe" der USA im Kampf um die globale Vorherrschaft geworden. ...

"Auf jeden Fall beruht die Macht der USA", so unterstrich Brzezinski 1990 in einem Interview, "zu einem sehr großen Teil auf seiner beherrschenden Stellung auf dem weltweiten Medienmarkt, denn 80 Prozent der Worte und Bilder, die auf der Welt zirkulieren, stammen aus den USA." Sieben Jahre später stellt Brzezinski fest: Die Sprache des Internets sei Englisch, und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stamme ebenfalls aus den USA und bestimme somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich.

Schon allein deswegen kann und muß der rasche Ausbau des Internets, die anfängliche Subventionierung und Anschubfinanzierung dieser Technologie durch die US-Regierung, die technische Grundierung von unbeschränktem Welthandel und individualistischem Lebensstil sowie die Forderung nach einem "freien Fluß der Information" mit in eine Kritik des US-Imperialismus eingehen. Konsequenterweise gedacht, wird diese Kritik die für viele Zeitgenossen unangenehme Wahrheit zu Tage fördern, daß wir in gewisser Weise "alle Amerikaner" sind.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>Die vielen Hansjürgens und Utes

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.

Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.

Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Nieder-

lage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.

Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauer überlaufen. Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."

In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischt, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren."

Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.

Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".

Lorenz Jäger

Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>Mit dem Teufel im Bunde

Dr. Friedrich Romig

Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa".

Äußere Wohlfahrt und Wirtschaft machten daraufhin erhebliche Fortschritte, doch die Religion verblaßte. Die Mehrheit der denkenden Menschen wurde ungläubig. Begriffe wie der "von einem Gott, der die Welt aus dem Nichts geschaffen hat, wurden nicht einmal mehr in den Grundschulen gelehrt". Kein Dogma hielt der Prüfung durch die Vernunft noch stand. Doch

fehlt die Religion als Bindekraft der Gesellschaft, dann muß eine Zwangsgewalt her, die die Einheit wahrt.

So hielten "die Lenker der Politik der europäischen Gemeinschaft, die dem mächtigen Bund der Freimaurer angehören", Ausschau nach einem "Menschen der Zukunft", dem, zum "Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt", die zentrale Exekutivgewalt anvertraut werden konnte. Ihre Wahl fällt auf einen jungen, dreiunddreißig Jahre alten, jedoch wegen seiner viel gelesenen, geradezu genialen Schriften weithin anerkannten Menschen - "viele nannten ihn einen Übermensch". Er selbst sieht sich als "zweiter Christus", der aber in Wahrheit der rangmäßig erste, weil vollkommene und endgültige Erlöser ist, er, der wahre Wohltäter, der den Menschen alles gibt, was sie brauchen.

Sein Vorläufer, geschichtlich der erste, jedoch noch unvollkommene Christus, trennte die Menschen durch die Unterscheidung von Gut und Böse, er aber, der neue Christus, läßt seine Sonne aufgehen über Gute und Böse und läßt es regnen über Gerechte und Ungerechte. Er droht nicht mit dem Jüngsten Gericht, sondern läßt Gnade walten, sein Gott fordert nicht Gehorsam bis zum Tod am Kreuz, sondern hat Verständnis für die unbegrenzte Freiheit und wird jedem angenehm sein.

Schon nach einem Jahr sind die Keime des Krieges ausgerissen, ein letztes Mal tritt die Friedensliga zusammen, doch nur um dem großen Friedensbringer zu huldigen und ihn zum Weltmonarchen zu küren. Er schlägt seinen Sitz in Rom auf, denn wo wäre es angemessener, der neuen "Zivilreligion" eine Heimstätte zu bieten? Systematisch wurde das Christentum "marginalisiert", die Kirche in ein "archäologisches Museum" verwandelt, der Papst aus Rom vertrieben und das Kreuz durch den Wohlstand um seine Kraft gebracht.

In wenigen Jahren verminderte sich Zahl der Christen, einst weit mehr als eine Milliarde, auf fünfundvierzig Millionen. Ein beträchtlicher Teil der anglikanischen Kirche vereinigte sich mit der katholischen. Unter den Protestanten gewann religiöser Indifferentismus und Unglauben die Oberhand, die meisten fielen ab, nur wenige fanden in einem neubelebten Urchristentum Befriedigung ihrer Glaubensbedürfnisse. Auch die russische Orthodoxie verlor viele Millionen Mitglieder, doch trotz dieser Verluste fanden sich, wenn auch nur vereinzelt, bei ihr wie auch bei den anderen Bekenntnissen und Kirchen Zeugnisse tiefer Religiosität, hoher Gelehrsamkeit und neuer Kräfte des Geistes.

Bereits vier Jahre nach Antritt seiner Herrschaft scheint die Zeit reif zur Vereinigung der Religionen. Der Weltkaiser beruft ein ökumenisches Konzil nach Jerusalem, der heiligen Stadt der abrahamitischen Hochreligionen, um sich dort auch zum geistlichen Führer küren zu lassen und so die als verhängnisvoll angesehene Trennung von Politik und Religion, Kirche und Staat aufzuheben. Über dreitausend Vertreter der Weltreligionen folgen seinem Ruf. Auf dem Konzil hält der Kaiser eine flammende Rede, in der er von den Vertretern der Weltreligionen seine Anerkennung als ihr geistliches Oberhaupt einfordert.

Fast alle katholischen Bischöfe und auch die Repräsentanten der anderen Religionen anerkennen ihn, nur ganz wenige zeigen sich störrisch. Letztere verlangen vom Kaiser ein klares Bekenntnis zu Christus, doch der offenbart sich jetzt als der Antichrist, seit jeher mit dem Teufel im Bunde. Der Großmagier des Kaisers sorgt mit Donnerschlag und Kugelblitzen für die Auslöschung der meisten Widerstrebenden. Jene, die überleben, gehen in die Wüste.

Der Kaiser läßt auf einem ad hoc einberufenen Konklave seinen Großmagier Apollonius, der in Indien geboren wurde, zum neuen Papst wählen, und noch am selben Tage unterzeichnen die Vertreter der Orthodoxie und der Protestanten eine Urkunde über die Vereinigung ihrer Kirchen mit der katholischen.

Ein Sturm der Begeisterung über die endlich gelungene Vereinigung der Religionen erhebt sich, der durch die Freude über einen "Ablaß für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Sünden" noch verstärkt wird.

Die Erzählung endet mit einer Erhebung der Juden, die am Welterfolg des Jubelkaisers ja nicht unbeteiligt waren und seinen Versprechungen geglaubt hatten, er betrachte die Aufrichtung der Weltherrschaft Israels als seine Hauptaufgabe. Ihre Empörung bricht aus, als sie entdecken, daß der Kaiser nicht beschnitten ist. Ihre grenzenlose und glühende Verehrung, die sie dem Retter Israels und vermeintlichen Messias bisher entgegenbrachten, schlägt in ebenso grenzenlosen Haß um.

Der überraschte Kaiser läßt Zehntausende von Juden und Christen hinhorden. Doch die Juden siegen dank eines Erdbebens, der Kaiser und seine Truppen gehen in einem Flammenmeer unter. Als die Juden, um zu danken, nach Jerusalem ziehen, zeigt sich ihnen Christus, der nun "für tausend Jahre" - ein Ausdruck für die Ewigkeit - sein Regnum antritt.

Auch ohne an Irak-Krieg, Völkerrechtsbruch und die religiös verbrämten, martialischen Bush-Reden zu denken, wird derjenige, der diese vor mehr als hundert Jahren geschriebene Erzählung liest, nicht umhinkönnen, aus den Auseinandersetzungen um die Europäische Union, ihre Gründungsgeschichte und Absichten, ihre Versprechen, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu sorgen - übrigens für Paulus immer ein sicheres Erkennungszeichen des Antichrist -, um ihre "Zivilreligion" und Laizität, ihre Verfassung und Präsidentschaft, um das Verschwinden der Nationen und um den Kampf der Kulturen seine Schlüsse zu ziehen.

Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblickenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".

Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.

Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesellschaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.

Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.

Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" Das liest sich leicht, ist aber das Schwerste. Umkehren? Den Weg zurückgehen, auf dem wir so hurtig "fortschritten"? War er ein Irrweg? Brachte er uns nicht Wohlstand, Bequemlichkeit, Demokratie, das Licht der Aufklärung, Freiheit und Mündigkeit?

Gilt es sich also zu "erheben wider die moderne Welt", wie das ja nicht nur der Kulturphilosoph Julius Evola, sondern auch die Pius-Päpste verlangten? Zurückgehen in die Wüste des Durstes, der Armut, der Plackerei und der Einfalt? Zurück also zu dem, den wir verlassen und aus den Augen verloren haben, dem redemptor hominis (Erlöser des Menschen)?

Der versöhnliche Schluß der "Kurzen Erzählung" deutet an, was uns nach dem Karfreitag der

Geschichtsepoche, in der wir uns befinden, erwarten wird: der Ostermorgen des wahrhaft Auferstandenen. Um ihn zu sehen, rät uns der Platon des Höhlengleichnisses, das Auge beizeiten an das Licht der Wahrheit zu gewöhnen.

Univ.-Dozent Dr. Friedrich Romig lehrte Politische Ökonomie in Wien, Graz und Aachen. Er war Mitglied der Europakommission der Österreicher Bischofskonferenz und Europaberater von Bischof Krenn (St. Pölten).<<

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schrieb am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>**Der Staat fördert die Dekadenz**

Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen

Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.

Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.

Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.

Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.

Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau - in Frankreich sind es 1,9! - wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.

Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.

In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetribenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.

Es fällt auch auf, daß ein großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als

Kinder vorzuweisen hat.

Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.

Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.

Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter, weil die Sitten verfielen - kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs, weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.

Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 2004 (x887/...): >>Liebe zum eigenen Land ausgetrieben

Klaus Rainer Röhl über anezogene Tabus der Political Correctness in Deutschland

Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur. ...

Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde. Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen. Zunächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.

Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingepflicht, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft. Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.

Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Ge-

bieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder? ...<<

Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**

Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattsam bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.

Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollständigkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". ...

Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit. Zugleich sollte sie auch in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft.

Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen. ...

Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektu-

elle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen ange-tan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.

Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends

...

Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen, Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen. ...

Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussehbaren Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.

Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkennntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.

Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut". ...

Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung.

Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.

Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, ko-

ste es was es wolle, bietet hier keinen verlässlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.

Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Januar 2005 (x887/...): >>>Atheismus lähmt Europa dauerhaft

US-Amerikaner haben aufgrund ihrer Religiosität bessere Zukunftsaussichten als Europäer

Religiöse Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher. Diese "frohe Botschaft" verkündete die Wirtschaftswoche. Das Beispiel der USA macht klar: Dort wachsen nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft schneller als in Europa, sondern dort bekennen sich auch weitaus mehr Menschen zu ihrem christlichen Glauben. Das säkulare Europa scheint in jeder Hinsicht abgehängt zu sein. ...

Religiöse Menschen bekommen mehr Kinder, da sie nicht nur auf den eigenen Genuß schießen. Das wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft aus. Die demographischen Fakten belegen: Amerika ist viel vitaler als Europa. So dürfte sich das amerikanische Durchschnittsalter von 35,5 Jahren in den nächsten 50 Jahren nicht wesentlich erhöhen. In Europa wird man jedoch Durchschnittswerte von 53 Jahren erzielen. ...

In Europa und speziell in Deutschland ist der allmächtige und Fürsorge tragende Staat an die Stelle von Patriotismus, Familie und Religion getreten. Selbst die Kirchen in Deutschland sind mit dem Staat viel enger verquickt, als dies in den USA der Fall ist. Die Großkirchen in der Mitte Europas kassieren Geld vom Staat. Viel Unabhängigkeit vom staatlichen Handeln und Kritik gegenüber politischen Würdenträgern darf man aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses nicht erwarten. Christliche Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe sowie das Denken in kleinen sozialen und gemeinnützigen Einheiten ist in Europa verkümmert, weil der staatliche Leviathan alles usurpiert hat.

Die Autoren der Wirtschaftswoche beschreiben das folgendermaßen: "Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben wurde der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, an den immer mehr Funktionen delegiert wurden, die ursprünglich bei Religion und Kirche lagen. Soziale Aufgaben, die zuvor die Gemeinden wahrnahmen, wurden dem Staat übertragen, das Individuum vereinzelt, der soziale Zusammenhalt ging verloren." In Europa ist der Staat an die Stelle Gottes getreten, der das Individuum zuvor von der Last der Verantwortung befreite.

Angesichts der Bedrohung durch radikale Moslems könnte die Religionsferne der Europäer noch zum Problem werden. So sagt der Politologe Francis Fukuyama: "Die Europäer sind im Inneren durch den radikalen Islam weit stärker bedroht als die Amerikaner von außen."

Auf andere Absurditäten weist Chefredakteur Stefan Baron hin: In Europa "könnte Bush nicht einmal EU-Kommissar werden, wie das Berufsverbot zeigt, das Brüssel über den Katholiken Rocco Buttiglione verhängte, weil dieser Homosexualität als 'Sünde' zu bezeichnen wagte." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):

>>>Das Böse austreiben

Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen

Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile tauf frisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"

Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.

Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. Er nannte sein aus den Studien entstandenes Buch "Charakterwäsche" - in Anlehnung an die im kommunistischen China angewendete Gehirnwäsche - und gab ihm damals den Untertitel "Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen". In der soeben erschienenen aktualisierten Neuauflage ist dieser Untertitel erweitert worden und lautet jetzt "Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen".

Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.

Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt.

"Charakterwäsche" gehört zu den Büchern, bei dem es keine Phrase ist, wenn gesagt wird, jeder Deutsche müsse es lesen, der ernsthaft Erklärungen über den Selbsthaß der Deutschen, über ihre Schuldgeilheit und die damit verbundene Unfähigkeit zu Hochleistungen und wirklichen Reformen sucht.

Caspar von Schrenck-Notzing: "Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre Auswirkungen", ... Graz 2004 ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Focus" (Nr. 31/2005) berichtete am 1. August 2005 über ein Gespräch mit dem deutschen Philosoph Peter Sloterdijk: >>"Die Freigabe aller Dinge"

1968 begann vor allem der Marsch in den totalen Konsum, meint der Philosoph Peter Sloterdijk

FOCUS: Herr Sloterdijk, sind Sie ein 68er?

Sloterdijk: Aber sicher. Wenn man 1968 21 Jahre alt ist, dann kann man nicht anders.

FOCUS: Waren Sie ein Aktivist?

Sloterdijk: Ich war ein lyrischer Radikaler. Das ist ein Flügel der Bewegung, der von der Geschichtsschreibung kaum erfaßt ist. Ich würde, äußerlich gesehen, am ehesten subsumiert unter eine Teilmenge der 68er-, genauer genommen 67er-Bewegung, die man seinerzeit als hedonistische Linke bezeichnete. Das waren diejenigen, die den Glauben hegten, es sei der Sinn der Menschheitsgeschichte, die Verkindlichung des Menschen voranzutreiben. Folglich sollten ab sofort die historisch erworbenen körperlichen und mentalen Verpanzerungen des bürgerlichen Subjekts aufgehoben werden. Und wir können sagen, wir sind bei diesem Experiment dabei gewesen.

FOCUS: Das heißt, im Duktus der Epoche geredet: Sie wollten keine Räterepublik, sondern mehr vögeln?

Sloterdijk: Man hatte Sinn für Prioritäten. Wir sagten zum Beispiel: "Was geht mich der Vietnamkrieg an, wenn ich Orgasmusprobleme habe?"

FOCUS: Dieter Kunzelmann, von dem diese Äußerung stammt, war andererseits auch Bombenleger.

Sloterdijk: Die Gewaltneigung der 68er, von der man heute, glaube ich, zu viel Aufhebensmacht, war insgesamt eher metaphorisch. Die Formel, die für die aktiven Zuspitzungen verantwortlich zeichnete, war jenes berühmte: Macht kaputt, was euch kaputtmacht - die doppelte Verneinung für Anfänger.

FOCUS: Zu diesem Zwecke ersetzte man Begriffe wie Versagen, Faulheit oder auch einfach Mißratensein durch die alles umkehrende Frustration, die dann aufs "System" abgewälzt wurde - richtig?

Sloterdijk: Solche Ausdrücke hätten ihren Benutzer damals moralisch vernichtet. Sie gehörten zum Mief von 1.000 Jahren. Man sollte nicht vergessen, daß die politische Korrektheit in mehreren Wellen kam. Von der ersten Welle an konnte es "Verlierer", "Versager" und so weiter nicht mehr geben. Eine ganze Phalanx von Ausdrücken der konservativen Anthropologie ist damals außer Kraft gesetzt worden. Daß derartige Begriffe jetzt ungeniert wiederkommen, verrät, daß der Konservatismus seine Sprache reorganisiert hat und daß man die soziologischen Entschuldigungen nicht länger ...

FOCUS: ... bezahlen kann?

Sloterdijk: Die Reiseflughöhe der kollektiven Illusion hängt immer mit der Finanzlage zusammen. Das Projekt der 68er war natürlich grandios illusionär. Sie haben das Prinzip Umsonst auf breiter Front inthronisiert und behauptet, die entscheidenden Dinge dürfen nichts kosten.

FOCUS: Die Voraussetzungen für das große Umsonst hat aber die Wiederaufbaugeneration geschaffen. War es fair, wie mit ihr umgegangen wurde?

Sloterdijk: Fairneß war für die Aktiven von 1968 kein Kriterium. Eine Generation von NS-Mitläufern, die sich in den Aufbau flüchteten, hatte kein Anrecht auf einen ausgewogenen Prozeß, nicht wahr? In einem absoluten Sinn stand ihre Verworfenheit fest, doch hatten sie die Chance, sich relativ zu entschuldigen, indem sie die Mittel für die Illusionsproduktion der nächsten Generation bereitstellten. Aber hat nicht Kultur immer mit einer Positivierung des Parasitismus zu tun? Aus heutiger Sicht lag die 68er-Bewegung exakt in dem Trend, der zur Konsumgesellschaft führt. Ohne es zu ahnen, waren wir, die westdeutschen Früh-Hedonisten, die Labormäuse des totalen Konsumismus.

FOCUS: Auch wenn das parasitäre Abschöpfen jeder höheren Kultur eigen ist, dürfte doch relativ neu gewesen sein, wie stark die 68er-Aktiven durch Moralisieren abgeschöpft haben. Goethe hat über das Christentum gesagt, es sei eigentlich eine politische Revolution gewesen, die erst nach ihrem Fehlschlag moralisch geworden sei. Gilt das auch für 1968?

Sloterdijk: Nein, man war von Anfang an hypermoralisch. Die Produktivkraft der Bewegung bestand darin, daß sie die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit scharf ausgeleuchtet hat. Das war semantische Empfindlichkeit, die als Ideologiekritik zu Tage trat. Vielleicht war die 68er-Generation einfach nur sprachsensibler als die vorangehende. Man fand Phrasen der Wiederaufbauära zum Kotzen. Im Übrigen waren die 68er, man darf das nicht vergessen, die Letzten, die vom Geld nichts verstehen mußten. Unter der totalen Versorgungsgarantie war Radikalität eine romantische Zugabe.

FOCUS: Wenn wir bei den Privilegien sind: Es war auch eine Generation, wo ein Kerl mit ein paar Marcuse- oder Walter-Benjamin-Zitaten eine Frau ins Bett kriegte. Während er heute eher mit harten ökonomischen Tatsachen kommen muß ...

Sloterdijk: Klar, die Dialektik von Verführungsmitteln und Verführungsverhältnissen steht nicht still. Der Romancier Michel Houellebecq hat das auf den Punkt gebracht: "Ausweitung der Kampfzone" heißt eben, das Sexgebiet ist auch ein Markt mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern. Damals schien Sex ein leerer Kontinent zu sein, der auf die Einwanderung von netten Kolonisten wartete. Ein paar abenteuerliche sexual-politische Dogmen genügten, und man konnte dieses "wahre innere Afrika" in Besitz nehmen. Inzwischen ist Eros-Land nichts mehr für naive egalitaristische Siedler. Zwar haben sich die Verführungsmittel gewaltig entwickelt, die Verführungsverhältnisse insgesamt jedoch sind kompliziert geworden. Auch da hat das Prinzip Umsonst einen fürchterlichen Rückschlag erlitten.

FOCUS: Sie sagen, die 68er wollten die Verfassung beim Wort nehmen - es gab aber genauso viele, die sie abschaffen und durch eine Räterepublik ersetzen wollten.

Sloterdijk: Sie dürfen nicht vom heutigen abgekochten Realismus aus den radikalen Jargon der 60er-Jahre für bare Münze nehmen. Die Wortführer von damals waren politische Romantiker, wie überhaupt die Ära total romantisch war. Das Sonderklima der Bundesrepublik um 1960 bis 1970 zeigte sich gerade darin, daß man milieugeschützt die radikalismusfrommen Sprachspiele benutzen konnte.

FOCUS: Finden Sies romantisch, hinter Mao-Plakaten herzulaufen? Das ist dann wohl das Gegenstück zur Romantik der Reichsparteitage?

Sloterdijk: Die Demokraten nach 1945 haben in ihrem antifaschistischen Eifer das Faschismusphänomen in seiner globalen Ausdehnung chronisch unterschätzt. Die Wahrheit ist, daß der Faschismus von Lissabon bis nach Shanghai reichte. Das ganze 20. Jahrhundert ist vom faschistischen Affekt, vom Enthusiasmus des Ressentiments durchzogen. Daß sich der linke Faschismus als Kommunismus zu präsentieren beliebte, war eine Falle für Moralisten. Mao Tse-tung war nie etwas anderes als ein linksfaschistischer chinesischer Nationalist, der anfangs den Jargon der Moskauer Internationale pflegte.

Gegen Maos fröhlichen Exterminismus gehalten, erscheint Hitler wie ein rachitischer Briefträger. Doch man scheut noch immer den Vergleich der Monstren. Das massivste ideologische Manöver des Jahrhunderts bestand ja darin, daß der linke Faschismus nach 1945 den rechten lauthals anklagte, um ja als dessen Opponent zu gelten.

In Wahrheit ging es immer nur um Selbstamnestie. Je mehr die Unverzeihlichkeit der Untaten von rechts exponiert wurde, desto mehr verschwanden die der Linken aus der Sichtlinie. In dem Zusammenhang muß man die Mao-Plakate über den Köpfen der Revoltierenden von damals verstehen. Die radikale Linke hatte sich selbst die Absolution erteilt, und die Ikone Mao war ein Garant ihres Verständnisses für den guten Terror. Die Zersetzungsprodukte dieser Hyperlüge gehen uns bis heute auf die Nerven.

FOCUS: Wenn Joschka Fischer im Auswärtigen Amt den Ex-Vorsitzenden des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands und Pol-Pot-Verherrlicher Joscha Schmierer beschäftigt und gleichzeitig ehemaligen Mitarbeitern seines Amtes den Nachruf verweigert, weil sie in der NSDAP waren, ist das ein später Ausläufer dieses Amnestiemanövers?

Sloterdijk: Die kleineren Absurditäten sind regelmäßig die Reste der großen Verirrungen. Der Prozeß über die Exzesse des 20. Jahrhunderts ist nicht abgeschlossen.

FOCUS: Jürgen Habermas sprach davon, daß 1968 einen Prozeß der "Fundamentalliberalisierung" der Bundesrepublik bewirkt habe. Zu Recht?

Sloterdijk: Habermas drückt politisch aus, was besser ökonomisch zu beschreiben wäre. Vom Effekt her gesehen bedeutet die Jugendkultur von 1968 die Einstiegsphase in den psychedelischen Kapitalismus. Die linksromantischen Sprachspiele haben nicht so sehr die Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik vorbereitet, sondern den Verzehr aller Dinge.

FOCUS: So hat Habermas das nicht gemeint.

Sloterdijk: Natürlich nicht. Aber was heißt fundamentale Liberalisierung? Im Lichte der heute gemachten Erfahrungen bedeutet das die Freigabe aller Dinge fürs Neu-Design und für den Verbrauch. Man hat mehr Demokratie gewagt, um mehr Konsum zu wagen. Alle Wege von 68 führen letzten Endes in den Supermarkt.

FOCUS: Und wenn auch nur, um einen anzuzünden ...

Sloterdijk: Wissen Sie, zu meinem Bild dieser Zeit gehören die Aktivisten der RAF nur ganz am Rande. Sie waren in meinen Augen nie mehr als ein militantes Patientenkollektiv, ein bewaffnetes Kasperltheater. Entscheidend ist: Sie waren total marginal, und sie waren wenige. Ein paar Dutzend politische Kriminelle auf einen Jahrgang, das scheint mir eigentlich nicht sehr viel zu sein.

FOCUS: Was bleibt von 1968?

Sloterdijk: Eine bleibende Kulturleistung der 68er besteht darin, daß sie die deutsche Gesellschaft in ein Kollektiv von Halbkranken umgeschaffen haben. Damals wurde die Therapiegesellschaft auf den Weg gebracht, in der jeder seine verunglückte Libido erforschen und dem Echo seiner verbrecherischen Familiengeschichte nachhorchen konnte. Doch seit der Sport als Alternative zur ewigen Therapie aufkam, so von den 80er-Jahren an, hat sich die Lage an der inneren Front entspannt. Vor allem aber hat sich nach 68 so etwas wie eine Wende zur Lebensart vollzogen. Vorher gab es in Deutschland kein Savoir-vivre (Lebenskunst). Inzwischen ist ein linker Hedonismus gesellschaftsfähig geworden - wir haben erstmals eine Linke, die genießen kann. ...<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an Elite-Uni**

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness.

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen

Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällt Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" und "Propaganda" diente in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast.

"Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges.

"Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukete.

Political Correctness wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün.

Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel, wie z.B. die Fabriken und die Banken, verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):

>>**Für viele Linke ein Staatsphilosoph**

Jürgen Habermas wird 80 Jahre alt - Vordenker der studentischen Protestbewegung

Seit mehr als einem halben Jahrhundert mischt sich Jürgen Habermas in die Tagespolitik ein und gilt als Stichwortgeber der Republik. In dieser Rolle arbeitete er beständig und erfolgreich an der fast totalen Dominanz linken Denkens in Deutschland. Nicht ganz zu Unrecht titulierte ihn der ehemalige Außenminister Joschka Fischer als "fast einen Staatsphilosophen".

Habermas, der dieser Tage 80 wurde, kann also zufrieden sein mit seinem Lebensweg. Er be-

zieht indes nach wie vor öffentlich Stellung zu einer Vielzahl aktueller Fragen ...

Schon zu Beginn seiner akademischen Karriere, insbesondere durch sein offensives Eintreten für eine Bildungsreform, wurde Habermas zu einem Vordenker der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre. Neben Vorbildern wie Mao Zedong oder Che Guevara bezog sich die Bewegung auch auf die soziologischen Theorien der sogenannten "Frankfurter Schule", die Kritik an der "kapitalistischen Überflußgesellschaft" übten.

Habermas versuchte, die kritische Theorie seiner Frankfurter Lehrer Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, an deren Institut für Sozialforschung er Mitte der 1950er Jahre als Assistent arbeitete, aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm herauszuholen und sie in die Gesellschaft zu tragen. Habermas' Bruder im Geiste Herbert Marcuse hatte in einem wegweisenden Traktat über "repressive Toleranz" 1965 gefordert, daß Toleranz nur noch linken, "emanzipatorischen" Kräften gegenüber geübt werden dürfe, während allen konservativen, nicht-linken Kreisen die Teilnahme an der öffentlichen Debatte verwehrt bleiben müsse. Habermas popularisierte letztlich auch diese Idee, der linke Begriff von "Toleranz", der heute die Debattenkultur zerrüttet, wurde nachhaltig von diesem Ansatz geprägt. ...

Seine Habilitationsschrift "Strukturwandel der Öffentlichkeit" wurde zur Fibel der Anti-Springer-Aktivisten 1967/68, die sich übrigens auch an Argumentationsmustern der SED inspirierten. Den Aktionismus gegen die "herrschenden Verhältnisse" in der Bundesrepublik, den die linken Studenten aus seiner Philosophie herleiteten, befand wiederum Habermas als zu radikal. Er überwarf sich mit den Anführern der Protestbewegung und nannte Rudi Dutschke einen "linken Faschisten". Später bereute er diese Attacke jedoch.

Während der Zeit als Professor für Philosophie und Soziologie in Frankfurt entwickelte Habermas seine Ideen weiter. Seine Diagnose eines krisenanfälligen Konkurrenzkapitalismus und der Glaubwürdigkeitsprobleme der Politik aus dem Jahr 1973 greifen linke Theoretiker angesichts der aktuellen Finanzkrise gern wieder auf.

In den 1980er Jahren mischte er sich vehement in den sogenannten Historikerstreit ein. Der Historiker Ernst Nolte hatte die Parallelen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, ja die Vorbildfunktion des Stalinschen Vernichtungsapparats für die NS-Lager herausgearbeitet. Aus Furcht, unangenehme Wahrheiten über die Geschichte der radikalen Linken könnten dadurch ins Bewußtsein zurückkehren, schoß Habermas aus allen Rohren auf Nolte. Seit seiner Emeritierung 1994 lebt Habermas im bayerischen Starnberg.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>>**Vom Erwerbszwang befreit**

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. ...

Dieses sehr philanthropisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus. Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand

wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...):

>>**Jugend ohne Gott**

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertgefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen - 72,6 Prozent.

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt. Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben. ...

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012

(x887/...): >>**Wider die Wirklichkeitsverweigerung**

Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky plädierte dafür, sich von Sachgesetzen statt von Ideologien leiten zu lassen

In Zeiten, in denen die Finanztöpfe für eine Heerschar von Wissenschaftlern, Journalisten und Kulturschaffenden aus "Kampf gegen Rechts", "Gender Mainstream" oder einer ineffektiven "Entwicklungshilfe" bestehen und die geistige Korruption entsprechend um sich greift, wären Soziologen vom Schlage Schelskys wichtiger denn je. Am 14. Oktober wäre der gebürtige Chemnitzer 100 Jahre alt geworden. ...

Für Schelsky gab es zwei Arten, Demokrat zu sein; erstens eine, bei der Demokratie für sich in Anspruch genommen wird, um sie anderen um die Ohren zu hauen; zweitens eine, die gelebt werden muß durch Respekt vor Andersdenkenden. Letzteres werde seltener. Darauf hätte sich die in den 1960er Jahren geborene Generation einzustellen, sie müsse "in den Untergrund gegenüber der herrschenden Publizität, Politisierung, Verschulung und Verwaltung" gehen. "Eine neue Front des langen Atems" sei nötig, "das kulturelle Erbe zu retten".

Schelsky war zur Zeit der Planungseuphorie Planungsbeauftragter für die Reformuniversität

Bielefeld. Diese Tätigkeit war Schelsky Ansporn, der Betreuung und Bepanung von Menschen soziologisch nachzugehen. Das war Teil einer "Suche nach Wirklichkeit", wie sie Schelsky 1965 zum Titel seiner Schlüsseltexte erhöhte. 1973 referierte Schelsky dann zum Thema "Der selbständige und der betreute Mensch", ein ganzer CSU-Parteitag jubelte ihm zu. Der unter diesem Titel erschienene Band analysiert die heute Political Correctness genannte "Sprachherrschaft", auch das "geborgte Elend", mit dem eine wachsende Schar Linksintellektueller für immer mehr Umverteilung Sorge, vor allem für sich selber. Die mit dieser Stoßrichtung 1975 vorgelegte Monographie "Die Arbeit tun die anderen" wurde zum Bestseller.

Fachlich widmete sich Schelsky damals zunehmend der Rechtssoziologie. Er wollte die Bedingungen personaler Freiheit in Staat und Organisationen klären. Die Jurisprudenz dürfe sich nicht durch Politisierung außerjuristische Maßstäbe zu eigen machen. Das war vor allem gegen die Diskursethik von Jürgen Habermas gerichtet. Die Politisierung des Beamtentums war Schelsky nichts anderes als parteipolitische Ämterpatronage. Daß die Entfremdung von gewaltenteiligen Prinzipien unterhalb der Schwelle des rechtlich Greifbaren ablief, war Schelsky zu betonen wichtig. Denn hier fand die Schutzbehauptung ihren Ausgang, die angestellten Analysen seien wenig greifbar und sollten nicht wichtig genommen werden.

Schon länger ging es Schelsky um die Beachtung von Sachgesetzlichkeiten. Er schrieb 1961 die Abhandlung "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation", die zum Abstraktesten gehört, was er aufbot. Um so leichter konnten Kritiker Gegenbeispiele anmelden, die aufzeigen sollten, wo überall Demokratie oder Politisierung sinnvoll zum Zuge kommen sollten, statt auf Sachgesetze zu pochen. Der theoretische Gehalt ist allerdings schwer abweisbar: Wenn Sachgesetze durch Politisierung einfach überstimmt werden, wachsen sie wie Geschwüre. Abzulesen ist das an steigenden Staatsschulden. Auch die Einführung des Euros ließe sich als politisch motivierte Ignoranz gegenüber rechtzeitig angemeldeten Sachgesetzlichkeiten deuten. ...

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Buches "Helmut Schelsky - Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Leben, Werk, Aktualität" ... München 2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 (x887/...): >>>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielwiese einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren. ...<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpiert: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von

den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäueren Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schles-

wig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machte er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich ..., daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinanhnahme oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in

seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zu Gunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zu Gunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenzene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitage sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauftrag zur Bundes-

tagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zu Gunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivistinnen die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivistinnen, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift

"Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerlässlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen". << Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. September 2013: >>**Die Mentalität der Grünen**

Mathias von Gersdorff

Eigentlich müßte man der Theodor-Heuss-Stiftung danken für ihre Wahl von Daniel Cohn-Bendit zum diesjährigen Träger ihres Preises. Damit hat die Stiftung unbeabsichtigt eine Grenze überschritten und eine Debatte zum Leben gebracht, die inzwischen nicht nur die pädophilen Strömungen bei den Grünen in der 1980er Jahren zum Thema hat, sondern generell die Ansichten über Sexualität dieser Partei und wie sie diese zum Politikum macht.

"Die verstörenden Sex-Phantasien der Grünen Jugend" - so betitelte Alexander Kissler seine Kolumne am 10. September 2013 in *Focus-Online* und schrieb: "Hinter den Phantasien vom besseren Leben für alle verbirgt sich jedoch die Herrschaft von Gesetz und Sex, Quote und Umerziehung. Und Pädophilie ist sogar Anlaß für einen müden Witz."

Am 15. September 2013 druckte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den Artikel von Christian Füller, der einige Wochen davor von der *taz* in letzter Minute abgelehnt wurde. Füller schreibt: "Wieso nahmen Grüne die offen pädophile Propaganda widerspruchslos an? ... Weil die Grünen Gläubige sind. Sie glauben fest an die Moral der grünen Kirche von der Bewahrung der Schöpfung, der ehrlichen Politik und einer besseren, grünen Welt." Dieser Glaube, so Füller, ist bestimmend für die Mentalität der Grünen: "Die grüne Ideologie steht nicht in Parteiprogrammen: Sie steckt bis heute in den Köpfen der Parteigänger."

"Selbstbestimmte Sexualität und Kritik an der patriarchalen Gesellschaft waren unsere Themen damals", sagen jene, die den Aufbruch gegen die verkapselte Post-NS-Gesellschaft wagten.

Radikales Umbauprojekt der Gesellschaft

Wie drückt sich diese Ideologie konkret aus? Die Debatte um die Pädophilie in den achtziger

Jahren brachte manche dazu, nachzuforschen, was die Grünen sonst noch so parat haben und entdeckten manches. Einige Beispiele:

Bundestagsabgeordneter Hans-Christian Ströbele und Grüne Jugend wollen Inzestverbot aufheben. Grüne Jugend will Ehe abschaffen, Mehr-Eltern-Adoption (im Grunde eine Form der Polygamie) einführen, Drogen liberalisieren, die Zweigeschlechtlichkeit überwinden (kein Scherz). Grüne wollen Ehegesetz für homosexuelle Paare öffnen, Nahrungsvorschriften einführen, Abtreibung völlig liberalisieren und entkriminalisieren, Entsprechend der "Gender Mainstreaming-Ideologie" Kinder indoktrinieren und Ehegattensplitting abschaffen. Das alles zusammen ergibt ein radikales Umbauprojekt der Gesellschaft.

Die Grünen hatten etwa 30 Jahre lang so etwas wie Narrenfreiheit und meinten, daß sich niemand um die irrsinnigen politischen Visionen mancher Untergliederungen, vor allem der Grünen Jugend, kümmern würde. Nun ist der deutschen Öffentlichkeit klar geworden, welche Kloaken menschlicher Dekadenz sich in dieser Partei unbeschwert entfalten konnten, und sie ist entsetzt. Bündnis 90/Die Grünen sind in den Umfragewerten inzwischen auf ihre Stammwählerschaft geschrumpft.

"Die Pädagogik der Neuen Linken"

Nun fragt man sich: Was ist in den Genen dieser Partei angelegt, das solche abstruse politische Visionen zum Leben bringt?

Eine Erklärung gibt das Buch "Die Pädagogik der Neuen Linken" von Wolfgang Brezinka. Das Buch erschien 1972, ist aber immer noch aktuell und gerade im Hinblick auf die Debatte der letzten Monate äußerst interessant zu lesen. Sein Interesse galt vor allem den pädagogischen Theorien, die im Zuge der 1968er-Revolution entstanden und in den siebziger Jahren in die Praxis umgesetzt worden sind. Doch die ersten Kapitel behandeln die Ideologie, die Mentalität und die Entstehung der Neuen Linken, also der Vorgänger der Grünen. Leider können hier nur sehr wenige Zitate wiedergegeben werden.

Brezinka schreibt: "Als Quelle aller Übel wurde die Autorität verketzert. Weltanschauliche Bindungen galten als überholt. Das Ethos des Dienstes an der Gemeinschaft erschien als Bedrohung der Freiheit. Das Kritisieren wurde als wichtigstes Mittel zur Vermeidung neuer Knechtschaft ausgegeben. ... In dieser Situation hat die Neue Linke den Kampf um die Macht aufgenommen."

Gefühl der Unfehlbarkeit

Die systematische Kritik an den "Strukturen" begünstigte nicht nur die Selbstgerechtigkeit, sondern auch eine Myopie für die eingehenden schwachen Seiten: Man hielt sich für unfehlbar in jeglicher Hinsicht. Kritik an Strömungen innerhalb der Partei konnte sich kaum entwickeln. Das galt Anfang der achtziger Jahre für die Pädophilen, heute gilt das für Leute wie Ströbele oder die Grüne Jugend.

Eine Bewegung mit solchen Einstellungen konnte nach Ansicht von Wolfgang Brezinka gedeihen, weil die bürgerliche Gesellschaft ihre Abwehrmechanismen verloren hatte: "Eine Gesellschaft, deren Mitglieder in erster Linie mit der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen beschäftigt sind, besitzt wenig moralische Reserven, um sich in Krisenzeiten politisch behaupten zu können. Sie gewöhnt sich damit daran, selbstzufrieden dahinzuleben, die Gefahr zu verharmlosen und darauf zu bauen, daß politisch auch in Zukunft das bloße Hindurchwurschteln genügen wird." Das ist heute genauso der Fall wie 1972.

Den Grünen ist heute insbesondere diese Eigenschaft zum Verhängnis geworden: "Die Neue Linke ist eine Protestbewegung gegen die Industriegesellschaft, die aus dem romantischen Glauben an die Utopie 'neuer Menschen' in einer vollkommen 'herrschaftsfreien Gesellschaft' lebt."

Mitgefühl für Tiere, Mitleidlosigkeit gegenüber dem menschlichen Embryo

Dieser Utopismus war die Grundlage für die Akzeptanz und sogar Förderung der Pädophilie

in den eigenen Reihen - heute ist das beispielsweise für den Inzest der Fall. Man hielt es nicht für möglich, daß Gruppierungen, die die Geburt des "neuen Menschen" anstrebten, böse Absichten haben könnten. Brezinka beschreibt diese Haltung folgendermaßen: "Sie ist eine weltliche Erweckungsbewegung, vergleichbar religiösen Sekten, die ihre vermeintlich gute Gesinnung auch den Menschen aufzudrängen versuchen." Stichwörter: Abschaffung der Ehe, Überwindung der Zweigeschlechtlichkeit, Veggie-Day.

Brezinka hat 1972 auf die Widersprüche der Neuen Linken hingewiesen, die heute die Grünen kennzeichnen: "Es finden sich neben naiv-fortschrittsgläubigen auch sehr pessimistische Aussagen über die Natur und die Zukunftsfähigkeit des Menschen." Die Grünen sind voll des Mitleids für die Tiere, die nicht "artgerecht" leben und wollen ihnen alle möglichen "Rechte" geben. Gleichzeitig sind sie für eine radikale Liberalisierung der Abtreibung, und ihre gesamte Umweltpolitik geht von der Vorstellung des Menschen als Raubtier aus.

Brezinka: "Die Deutung unserer gesellschaftlichen Situation reicht von einseitig übertriebenen Schilderungen tatsächlich vorhandener Schattenseiten, aus denen echte Sorge um wirkliche Menschen spricht, bis zur totalen Verneinung alles Vorhandenen, zur Verachtung des Menschen, wie sie sind, zum Haß auf jegliche Ordnung, zur Lust an der Zerstörung, an der Anarchie."

Wie will die Neue Linke das alles verändern: "Erziehung und Umerziehung sollen also vorwiegend dazu dienen, die Menschen ihrer Kultur zu entfremden, sie von den Bindungen an die Normen ihrer Gesellschaft zu befreien". Zu diesem Zweck sollten Schulen, Universitäten, Medien und der Kulturbetrieb erobert werden.

Den Menschen zu seinem "Glück" zwingen

Weil man die Schöpfung des "Neuen Menschen" anstrebt, haben die Grünen überhaupt kein Problem, die Liberalisierung von Inzest und die Abschaffung der Ehe, das Sonntagsfahren und Süßigkeiten verbieten oder den Veggie-Day - nur in der Oberfläche widersprüchliche Forderungen - gleichzeitig zu fordern. Der Mensch muß eben zu seinem Glück gezwungen werden - so die grüne Anthropologie.

Die Grünen haben schon viel Macht für das Erreichen ihrer Ziele ansammeln können. Unsere Aufgabe ist es, sie anzuhalten, bevor es nicht mehr möglich ist.

Über Mathias von Gersdorff

Diplom-Volkswirt (Bonn) und katholischer Publizist, geboren 1964 in Santiago de Chile. Seit 1990 in der Lebensrechtsbewegung aktiv. Er leitet die Aktion "Kinder in Gefahr" der "Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur" (DVCK) und schrieb mehrere Bücher zu Themen wie Sexualisierung der Kindheit, Lebensrecht und Christenverfolgung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2013 (x887/...): >>**Schrille Tante in hohem Amt**

Als Bundestagsvizepräsidentin repräsentiert Claudia Roth, was sie eigentlich haßt.

Um diesen attraktiven Versorgungsposten dürften viele Politiker Claudia Roth beneiden. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages bekommt sie knapp 12.500 Euro im Monat. Das ist kein schlechtes Einkommen für jemanden, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch eine ernstzunehmende Berufserfahrung vorweisen kann. Laut Lebenslauf auf der Internetseite des Bundestages ist die Abgeordnete Roth von Beruf Dramaturgin und hat als solche an den Städtischen Bühnen Dortmund und bei "Hoffmans Comic Theater" gearbeitet, bevor sie Managerin der Rock-Band "Ton Steine Scherben" wurde.

Ihrer persönlichen Internetseite kann man zudem entnehmen, daß sie ein Studium der Theaterwissenschaften begonnen, ein Freies Theater gegründet hat und 1985 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen wurde. Ihr weiterer politischer Lebensweg ist bekannt.

Diese Angaben bleiben auffällig vage. Beispielsweise ist nirgends angegeben, in welche Zeiträume die einzelnen Berufsstationen fielen. Auch erfährt man nicht, was aus dem von Roth

gegründeten Theater geworden ist. Die Tatsache, daß sich die Kultband der links-alternativen Szene unter ihrem "Management" wegen Überschuldung auflösen mußte, bleibt ebenfalls unerwähnt.

Und die Frage, was eine Abiturientin mit einem nach wenigen Semestern abgebrochenen Studium qualifiziert, als Dramaturgin, Managerin oder Pressesprecherin zu arbeiten, wird nicht beantwortet. Es ist offensichtlich, daß durch bewußt vage Angaben im Lebenslauf verschleiert werden soll, daß es sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Roth um das handelt, was der Volksmund gemeinhin als "gescheiterte Existenz" bezeichnet.

Der Bundestagspräsident und somit auch seine Stellvertreter haben das höchste Staatsamt nach dem Bundespräsidenten inne. Mit Claudia Roth hat der Staat nun eine Spitzenrepräsentantin, die ihn zutiefst ablehnt. "Nie wieder Deutschland", forderte sie 1990. Und ihre Vision für den 3. Oktober beschrieb sie 2005 wie folgt: "Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen." Die Türkei ist ohnehin ihre "zweite Heimat" und Deutsche hält sie für "Nichtmigranten, mehr nicht".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. November 2013: >>**Willkommen in der Neusprech-Diktatur**

Die nächste Stadt ergibt sich dem Neusprech: Auch Halle an der Saale wird bald eine sprachpolizeiliche Verordnung für städtische Veröffentlichungen beschließen. Am vergangenen Mittwoch verwies der Stadtrat einen fraktionsübergreifenden Antrag "zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen" in die Ausschüsse.

Da die verbotsfreudigen Fraktionen von Grünen, Linken, SPD und Neuem Forum die Mehrheit im Stadtrat haben und hinter dem Antrag stehen, wird diese Verordnung kommen. Dann werden etwa Wörter wie "Lehrer" und "Lehrerin" verboten und durch "Lehrkraft" ersetzt. Auch das "Rednerpult" wird es nicht mehr geben, es wird daraus das "Redepult". Aus Tagesmüttern werden "Tagesmütter und Tagesväter". ...

Die Staatsideologie des sogenannten "Gender Mainstreamings" wird von der Europäischen Union über Bund und Länder bis hinunter auf die kommunale Ebene durchgedrückt. Einen solch breiten Versuch der staatlichen Sprachregelung hat es in Deutschland seit Joseph Goebbels nicht mehr gegeben. Wesentliche Grundlage dafür ist die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" von 2006, finanziert von der EU-Kommission und beschlossen vom "Rat der Gemeinden und Regionen Europas". ...

Es wäre zum Lachen, wenn nicht ein systematischer Plan hinter der Sprachlenkung stände. Daher bricht diese Vergewaltigung der deutschen Sprache nicht an ihrer Lächerlichkeit zusammen. Wer beendet daher diesen Blödsinn? Wird die nachfolgende Generation derart behindert sprechen müssen, weil sie es nicht mehr anders, besser kennt? Das ist fürwahr eine gruselige Zukunftsaussicht. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwin-

gen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren

die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalins in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugehörnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das

Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):

>>**Verrat an der Freiheit**

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

... Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. ...

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloßkeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft.

...

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden." ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Februar 2014 (x892/...): >>Unterrichtsziel: Zerstörung der Familie

Seit einigen Jahrzehnten haben die revolutionären Gesellschaftsveränderer erkannt, daß der herkömmliche Klassenkampf inzwischen ungeeignet ist, um eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen. Deshalb haben sie sich auf die Väter des Kommunismus, wie Marx und Engels, und der französischen Revolution besonnen und konzentrieren sich jetzt auf die Zerstörung der überlieferten Familie. Vorne weg kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie in den Köpfen kleiner Kinder. Bereits 2012 veröffentlichte der Baden-Württembergische Landesverband der GEW hierzu Anregungen für die Unterrichtspraxis die einfach unglaublich sind.

Zunächst wird suggeriert, daß 10 Prozent der Bevölkerung homosexuell bzw. bi- und trans-gender veranlagt ist und deshalb dieser Personengruppe unbedingt Sonderrechte einzuräumen sind. Gesicherte wissenschaftliche Studien gehen davon aus, daß die Zahl derartiger Personen bei unter zwei Prozent liegt. Dieser Personenkreis wird von den Linken dazu mißbraucht, ihre revolutionären Ziele durchzusetzen und zwar durch den Angriff auf die Familie, die als "Hort der Reaktion und des Konservatismus" gilt.

In allen Unterrichtsfächern von der Grundschule bis in die höheren Klassen des Gymnasiums sollen daher "alternative Lebensmodelle" und die Gender Mainstreaming Ideologie unterrichtet werden; selbst die Mathematik bleibt davon nicht verschont. Einen idealen Hebel zur Politisierung der gesamten Lebenswelt - ein Ziel der Linken seit der 1968er Bewegung - haben sie mit der Gender Ideologie gefunden. Diese greift in die intimsten und privatesten Bereiche der menschlichen Persönlichkeit ein und macht alles öffentlich. Die Kinder berichten in der Klasse über die Lebensverhältnisse ihrer Eltern und Geschwister. ...

In den weiteren Bausteinen geht es dann darum, diese Einstellungen der Kinder zu verändern und dem Gender Mainstreaming anzupassen. Dadurch werden die Kinder zunehmend verunsichert und ihren Eltern und Familien entfremdet. So atomisierte Individuen sind dann für alle Ideologien zugänglich.

Daß staatliche Institutionen und Regierungen derartige Bestrebungen offen unterstützen und besorgte Eltern als "homophob" denunzieren, wie jetzt in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß immer größere Teile des Staates nicht mehr Willens sind, unsere Kinder vor Ideologen zu schützen. ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat

Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache ...

Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der

"EUdSSR".

In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten. Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodikatur pur. ...

Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.

PC-Opfer sind längst Mainstream

Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen, die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. ...

Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Widerspruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschweren sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. ...

Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.

Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt. Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. ...

Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/...): >>Im spätantiken Rom - Brot und Spiele zur Beruhigung des Volkes. Eine Polemik.

Die Abstumpfung, die Ablenkung vom Wesentlichen durch den Sport ist ein wesentliches Element der Konditionierung der westlichen Völker, sei es durch Propagierung individuellen Sports, damit man in Form bleibt (aber nur, wenn man dabei auch Nike-Schuhe und Adidas-Taschen trägt, klar), oder durch die Propagierung kollektiven Massensports.

Bereits Gustave Le Bon - "Psychologie der Massen" - beschrieb, daß der Massensport dazu genutzt werden kann, psychologische Massen zu schaffen. Die Weltmeisterschaften vampirisieren gewissermaßen die Medien - das heißt, die Werbeeinnahmen - und somit die Aufmerk-

samkeit aller. So werden auch die allerkleinsten Gesten und Vorkommnisse analysiert und kommentiert, als ob es sich um die delphischen Orakel unserer Zeit handele. Der und der hat einen Stinkefinger gezeigt, ein anderer Der und der hat einem anderen eine Kopfnuß verpaßt, und jener Spieler hat seine Freundin verhaufen oder seinen Trainer beleidigt. Und mit ganzem Herzen und vollem Einsatz sind die Medien dabei, uns zu "informieren" und in dieser grotesken Bedeutungslosigkeit zu ersäufen!

Und man hat keine Möglichkeit, dem ganzen zu entkommen: Spielergebnisse werden per Lautsprecher durchgegeben oder als Textbänder eingeblendet, und wenn man erklärt, daß das alles einem komplett egal ist, dann wird man schon verdächtig. Ist das nicht vielleicht schon ein Zeichen gesellschaftlichen Abwechlertums?

Der globalisierte Fußball ist ein völlig verblödeter Patriotismus. Man wedelt mit Fahnen, als ob es gälte, einen militärischen Sieg zu feiern, oder ein großes nationales Ereignis. Ist der Fußball denn jetzt so etwas wie die letzte Zuflucht der Vaterlandsliebe? Aber jene Helden, die wir da feiern sollen, sind doch nichts als Söldner, ihre Kämpfe sind gestellte Spektakel, wenn sie nicht gar getrickst oder gedopt sind. Und trotzdem explodieren die "Fans" bei jedem Spiel vor Jubel, machen einen Höllenlärm und grölen bei jedem Tor, legen ganze Innenstädte nicht nur verkehrstechnisch lahm, schlagen alles kurz und klein. Dann heißen sie allerdings nicht mehr "Fans", sondern "Hooligans".

Es ist so, daß man an Abenden, an denen Spiele stattfinden, am besten zu Hause bleiben sollte, woran man sieht, wie dieser "Sport" die Sitten verfeinert. Wäre es letzten Endes nicht das beste, vor dem Fernseher klebenzubleiben und der Göttin Reklame ihr eingefordertes Opfer zu bringen? Die Fußballweltmeisterschaft ist auch so etwas wie das Hochamt der weltweiten Entwurzelung: jenes Hochamt, das in regelmäßigen Abständen den Glauben ans Kosmopolitische neu festigt. Und deshalb ist der Fußball für genau daran interessierte Kreise und Zirkel so wichtig. Der Fußball fördert zunächst einmal die europäische Entwurzelung, denn unsere "Nationalmannschaften" setzen sich nun einmal hauptsächlich aus kosmopolitischen Spielern zusammen, viele kommen aus Afrika.

Gestern Spanier, heute Franzose, morgen Engländer oder Türke, vielleicht durch die Zauberei goldträchtiger Verträge - der Fußballspieler ist ein Held, der von eben diesen goldträchtigen Verträgen gewissermaßen wie von einem Wind mal hierhin, mal dorthin geblasen wird. Zu Hause ist er nirgends. Und falls er die Nationalhymne seiner momentanen Staatsangehörigkeit kennt, zieht er es vor, sie nicht zu singen. Das wiederum hat er mit manchem seiner eingeborenen Kollegen gemein. Und so ist der Fußball auch die vorprogrammierte Entwurzelung z.B. aller jener kleinen Afrikaner oder Afrikanischstämmiger, die von den Vereinen und deren Managern wie "Menschenmaterial" eingekauft werden, um Gewinn zu erarbeiten.

Im dekadenten spätantiken Rom gab man dem zunehmend unruhigen Volk Brot und Spiele, um es ruhig zu stellen. Letztlich hat das den Zusammenbruch auch nicht verhindert. Im dekadenten und deindustrialisierten Europa gibt man den Arbeitslosen Fußball im Fernsehen ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 2. Juli 2014 (x892/...): >>**Schweine an der Macht - Eine Lese-Empfehlung**

George Orwell ist durch seinen Roman "1984", den er im Jahr 1948 veröffentlichte, weltberühmt geworden. 1945 hatte er bereits einen anderen Roman verfaßt, für den er allerdings nur schwer einen Verleger fand, der aber ein großer Erfolg und sogar als Zeichentrick verfilmt wurde. "Seit Gullivers Reisen ist keine Parabel mehr geschrieben worden, die es an Tiefe und beißendem Spott mit der Farm der Tiere aufnehmen kann", schrieb Arthur Koestler über dieses Buch.

Orwell selbst schreibt über die Entstehung des Buches: "Die Details der Geschichte wollten mir ziemlich lange nicht in den Sinn kommen, bis ich eines Tages einen kleinen Jungen sah,

vielleicht zehn Jahre alt, der ein riesiges Zugpferd einen schmalen Pfad entlang lenkte und es, jedesmal wenn es sich abzuwenden versuchte, peitschte. Es kam mir zum Bewußtsein, daß, wenn solche Tiere sich ihrer Kraft nur bewußt würden, wir keine Macht über sie hätten und daß die Menschen die Tiere in ziemlich derselben Weise ausbeuten wie die Reichen das Proletariat."

Lange galt "Die Farm der Tiere" als Parabel gegen den Kommunismus, und das ist es auch. Es ist aber gleichermaßen eine Parabel auf jegliche Entartung der Herrschaft, welcher Herrschaft auch immer. Und es zeigt in Bildern die Mechanismen, die solcher Entartung zugrunde liegen und woran man sie erkennen kann.

Orwell: "Dem Roman liegt die Überzeugung zugrunde, daß alle Revolutionen letzten Endes nur eine Verschiebung im Kaleidoskop der Macht herbeiführen, daß die Grundstruktur der Gesellschaft aber immer die gleiche bleibe. Dieser Pessimismus zeigt, daß die Farm der Tiere mehr ist als nur eine Satire auf die kommunistische Revolution in Sowjetrußland. Die Satire zielt nicht nur auf den einmaligen historischen Tatbestand, sondern auf jede Revolution überhaupt, deren Ursachen und Antriebe, deren Versagen und endliche Verkehrung ins Gegenteil."

Zum Inhalt: auf einem heruntergekommenen Bauernhof verjagen die Tiere unter Führung der Schweine den Besitzer und übernehmen den Hof in Eigenregie. Aus der anfänglichen Idee der Freiheit und Gleichheit, für welche die Tiere gegen Rückeroberungsversuche kämpfen, entwickelt sich jedoch sehr bald ein neues, perfides und erfolgreiches System der Unterdrückung und Ausbeutung ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**

Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.

Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.

Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt. ...

Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.

Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichen von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.

Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.

Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit

Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Gesinnungsdiktatur.

Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen

'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>Letzter Ausweg Kulturmarxismus

... Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes

... Der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" nachweist.

Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden?

... Es handelt sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden. Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. ...

Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.

... Von der Sache her ... handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Mai 2016 (x887/...): >>Historische Kampfansage

Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewußt heraus

Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, "weg vom 68er-Deutschland". Bei den "68ern" wächst das Unbehagen.

Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.

Diese bestanden zum einen darin, daß sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die "Chancen" hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen - ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, blieb aber stets zivil.

Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, daß im Getümmel Beschlüsse "passieren" könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.

Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schockierte ihre Gegner mit vor Selbstbewußtsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petry Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei "ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben".

Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. "Spiegel-Kolumnist" Jacob Augstein registriert entsetzt: "Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln."

Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt

für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.

Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal - ... Eindämmung des EU-Zentralismus, Nein zum Euro - als auch patriotisch - mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, statt dessen Einwanderung nach deutschen Interessen - und konservativ - deutsche Leitkultur statt Multikulti - orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.

Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschluß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe. ...

Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Reiß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel, Grüne, zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. Januar 2017: >>**Das grüne Dilemma**

In den achtziger Jahren beglückten die Grünen eine Generation, die traditionelle Tugenden und Institutionen ablehnte und Unbehagen an der Überflußgesellschaft durch eine Protestkultur kompensierte. Ihr spätpubertärer, hippiehafter Charme, ihre Weckrufe gegen Kernkraft, Umweltzerstörung und den Nato-Doppelbeschluß gerieten zum Religionsersatz. Rationalität und komplexe Verantwortungsethik blieben den "Ökopaxen" eher fremd. Sie punkteten mit ihrer Kreativität und Kampagnenfähigkeit.

Dieses in Teilen helle Bild wird zusehends trüber, seit Kernfragen der Staatlichkeit in den Fo-

kus rücken, die das linksgrün-utopistische Weltbild überdehnen. In zweifacher Hinsicht sieht sich die Partei anschwellender Kritik ausgesetzt. Sie gilt erstens dem Menschen- und Bürgerrechtskult ihrer Führungskader, der sich vernünftigen begrifflichen Begrenzungen und behutsamer Abwägung mit anderen Rechtsgütern völlig verschließt.

Unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft

Ausschweifend rasonieren die Grünen über Demokratie, wollen gar "radikaldemokratische Anstöße" liefern, entlarven zugleich aber ihre unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft. Ein souveränes Volk in einem souveränen Nationalstaat, gemeinsame politische Willensbildung mit abschließender Mehrheitsentscheidung - vitale Essenzen des Demokratieprinzips sind kein Stoff für Minderheitsfetischisten.

Was deutsche Bürger mehrheitlich denken und wollen, beschäftigt sie nicht mal im Ansatz. Jakobinerhaft kämpft die Partei für die Teilhabe von Lesben, Schwulen und Migrantinnen "im zusammenwachsenden Europa". Grüne Demokratiebeschwörung - das ist ein listiger Fake, eine "Volksherrschaft" ohne Volk.

Zweitens pflegen grüne Vordenker eine feindselige Sicht auf die deutsche Geschichte, die sie als Abfolge von Unterdrückung und liquidatorischem Rassismus wahrnehmen (wollen). Wer diese ideologische Engführung, diesen weltweit einzigartigen "Nationalmasochismus" kritisiert, wird zur Zielscheibe wüster Beschimpfungen.

Erwähnen Sie konservativ, rechts oder AfD

Machen Sie einen Test und erwähnen gegenüber doktrinären Grünen die Begriffe konservativ, rechts oder AfD! Die Gesichter Ihrer Gesprächspartner werden die Züge schwäbisch-alemanischer Fastnachtmasken annehmen.

Dieser Haß wirkt um so grotesker, als Moslems, also Anhänger einer selbst in ihrer gemäßigten Variante antimodernen Religion, von denselben Volkspädagogen liebevoll umarmt werden. *Spiegel-Online*-Kolumnist Jan Fleischhauer liefert einen Erklärungsansatz: "Bei der Linken hat die Idealisierung des Fremden eine lange Tradition." Ergänzend betont der Schweizer Publizist Frank A. Meyer die Sehnsucht kulturgesättigter Intellektueller nach dem "Edlen Wilden". Jean-Jacques Rousseaus Zivilisationskritik läßt grüßen.

Aber kann das Narrativ vom "Edlen Wilden" den Ausverkauf abendländischer Kultur durch grüne Fundamentalisten hinreichend erklären? Geht deren ideologische Pervertierung so weit, die zumindest tendenzielle Frauenverachtung im real existierenden Islam für "edel" zu halten? Oder verbirgt sich hinter linksgrüner Liebe zu Flüchtlingen und anderen Muslimen nicht eher Berechnung?

Besuch bei einem Fundamentalisten

Sollen die zu CDU/CSU und AfD abgewanderten Arbeiter durch ein neues "revolutionäres Subjekt" ersetzt werden, das sich aus einem unüberschaubaren Heer von "Neubürgern" rekrutiert, die in der Wahlkabine Rot oder Grün ankreuzen?

Unlängst besuchte ich einen 60 Jahre alten Bekannten, der sich als frischgebackener Fundamentalist entpuppte. Seit 2015 ist er in der Flüchtlingshilfe und auf kommunaler Ebene bei den nordrhein-westfälischen Grünen aktiv. Im Hobbykeller skizzierte der Mann seine Vision vom künftigen Deutschland, die auf der Existenz einer "Bevölkerung in einer einzigen hellbraunen Mischrasse" basiert.

Absurdität und Rassismus dieser Vision waren ihm nicht bewußt - Folge ungezügelter kultureller Hegemonie eines internationalistischen Denkens, dessen Prämissen und Folgerungen sich jahrzehntelang in keinem Diskurs, in keiner kontroversen Debatte bewähren mußten.

Wind des Zeitgeists dreht sich

Aber der Wind des Zeitgeists wird böig und beginnt sich zu drehen. Ein verbreitetes Boulevardblatt machte sich zum Anführer einer "Nafri/Grüfri-Kampagne" gegen die überforderte Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Simone Peter. Grüfri steht für "Grün-

Fundamentalistisch-Realitätsfremde Intensivschwätzerin".

Ohne radikalen Kurswechsel zu nichtdogmatischen Dissidenten wie Winfried Kretschmann und Boris Palmer dürften die Grünen im Entsorgungscontainer der Politik verschwinden. SPD und Linkspartei hätten dann einen Konkurrenten weniger, und die CDU könnte sich vielleicht noch nicht von Angela Merkel, wohl aber von der Hypothek schwarz-grüner "Pizza Connections" befreien.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>>Die Deutschland-Abschaffer

_ von Martin Müller-Mertens

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomien und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

... Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. "Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche

Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungssorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."

Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>>Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten

Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? ...

Von *Tanjev Schultz*

... Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwieserei, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.

Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die "*Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.

Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.

Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...

Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. ...<<

Schlußbemerkungen

Die sogenannte "Frankfurter Schule"(Frankfurter Institut für Sozialforschung), die im Jahre 1950 mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern durch Max Horkheimer und Theodor W. Adorno neu gegründet wurde, prägte später vor allem die 68er Bewegung und "Die Grünen".

Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders die durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fern-

sehender unterstützten wegen fehlender objektiver Berichterstattung die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit" in der Öffentlichkeit. In den Zeitungen und Zeitschriften wurden abweichende Auffassungen und kritische Meinungen ebenfalls meistens nicht mehr publiziert.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten unentwegt Argumente wie Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Faschismus, Rassismus usw. ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Infolge der jahrzehntelangen einseitigen Berichterstattung und der systematischen Umerziehungsmaßnahmen durch die "politisch korrekten" Staatsmedien, Staatskünstler und Staatsintellektuellen, die auffallend an die Zustände in der ehemaligen DDR erinnern, sehen die meisten Deutschen die historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts nur noch aus der "einseitigen Sicht" der Siegermächte.

Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden. Zum Schluß setzten die linksradikalen Gutmenschen die Ausmerzung aller deutschen Traditionen durch, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität und ihre eigentliche Daseinsberechtigung verloren.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 29 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x149/79) = Erinnern und urteilen. Band IV, Seite 79.

x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder.</u> München 1990.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler.</u> Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Feindbild Familie.</u> Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Spezial Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil.</u> ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018